



Senioren Kurier

Mitteilungsblatt des Landesseniorenbeirats Mecklenburg-Vorpommern e. V.
23. Jahrgang | Nr. 3 / 2018

Erreichtes, Anregungen und auch Forderungen

Zum zehnten Mal fand im Schweriner Schloss das Altenparlament statt



Dr. Mignon Schwenke, 2. Vizepräsidentin des Landtags, bei der Eröffnung



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig: „Seien Sie stolz!“

Zwei Fakten setzten Marksteine beim diesjährigen 10. Altenparlament am 6. Juni im Schweriner Schloss: Das zehnjährige Jubiläum erinnerte an das erste parlamentarische Treffen der Seniorinnen und Senioren am 22. September 1999, und zeitgemäß modern erwies sich der optische Rahmen mit dem neuen Plenarsaal. In Schwerin fand übrigens das erste Altenparlament der ostdeutschen Bundesländer überhaupt statt, wie der *Seniorenkurier* in seiner Ausgabe 4/1999 berichtete. Der damalige Landtagspräsident Hinrich Küssner hatte es einberufen; die Erfahrungen, des benachbarten Bundeslands Schleswig-Holstein in

den vorausgegangenen zehn Jahren in Kiel standen Pate. Seitdem beraten alle zwei Jahre 71 Abgeordnete – entsprechend der Zahl der offiziellen Landtagsmitglieder – in drei Arbeitsgruppen aktuelle Probleme seniorenrelevanter Politik.

29 Vereine, Verbände und Seniorenorganisationen sandten diesmal ihre Vertreter, die drei Leitanträge und die Resolution berieten und verabschiedeten. Nach der musikalischen Einstimmung durch die Schweriner Musikschule Ataraxia begrüßte Dr. Mignon Schwenke, 2. Vizepräsidentin des Landtags, die Delegierten. Dabei wür-

Fortsetzung auf Seite 3

**Liebe Vereinsmitglieder,
verehrte Leser
des „Seniorenkuriers“,**

nun ist das 10. Altenparlament bereits Geschichte. Nach einer feierlichen Eröffnung im Plenarsaal des Landtages Mecklenburg-Vorpommern haben 70 Delegierte über drei Beschlussetwürfe und die Resolution beraten und diese im Plenum verabschiedet. Für eine gründliche Auswertung in unseren Seniorenbeiräten und in Vereinen und Verbänden veröffentlichen wir diese Beschlüsse und die Resolution im *Seniorenkurier*. Nun liegt es an uns, wie wir die Diskussion zu den Ergebnissen des Altenparlaments am Leben halten. Wir würden uns freuen, wenn Sie in den Vereinen und Verbänden und Seniorenorganisationen zu Ihren Veranstaltungen mit Vertretern der Fraktionen des Landtags und Vertretern der Landesregierung auch immer wieder die Erfüllung der Beschlüsse des Altenparlaments in den Mittelpunkt der Diskussion stellen würden. Nur gemeinsam erreichen wir, dass die Beschlüsse des Parlaments Bestandteil der täglichen Arbeit dieser Gremien sein werden. Gleichzeitig müssen wir an die Vorbereitung des 11. Parlaments denken. Zum nächsten Kooperationsstreffen im September werden wir dazu mit ersten Gedanken beginnen. Im Oktober führt der Landesseniorenbeirat seine traditionelle Herbsttagung für seine Mitglieder durch. Am ersten Tag wollen wir uns mit dem Thema Altersarmut und am zweiten Tag mit dem Thema Pflege beschäftigen. Für den ersten Tag konnten wir den neugewählten ersten Sprecher der Landesarmutskonferenz M-V, Prof. Ulf Groth, Geschäftsführer des Instituts für Weiterbildung (IfW) an der Hochschule Neubrandenburg e.V. als Referent und Diskussionspartner gewinnen. Die Landtagsfraktionen haben wir um kompetente Gesprächspartner für ein Podium zum Thema Altersarmut angefragt. Ich erwarte eine interessante Diskussion.

Bernd Rosenheinrich, Vorsitzender
des Landesseniorenbeirats M-V e.V.

Aus dem Inhalt

Seite	14	Gute Erfahrungen mit dem „Kummerkasten“
Seite	32	Aus Landkreisen und Städten
Seite	41	Der besondere „Euroschlüssel“



Vitanas

LÜBECKER MODELL BEWEGUNGSWELTEN

Als Erste und Einzige in Mecklenburg Vorpommern: Das Vitanas Senioren Centrum Im Casino arbeitet erfolgreich mit dem aktivierenden Trainingsprogramm.

Im April dieses Jahres war es soweit: Das ‚Lübecker Modell Bewegungswelten‘, ein motorisch, kognitiv und sozial aktivierendes Trainingsprogramm für pflegebedürftige Menschen, zog mit ein unter dem Dach der stationären Pflegeeinrichtung.

Die Menschen in Deutschland werden so alt wie nie zuvor. Um die Mobilität und Selbstständigkeit älterer Menschen aufrechtzuerhalten, ist es wichtig, gezielte vorbeugende und gesundheitsfördernde Maßnahmen anzubieten, die individuelle Ressourcen freisetzen und stabilisieren. Auch, wenn man in einem Pflegeheim lebt. Denn größtmögliche Eigenständigkeit und dadurch Unabhängigkeit ist für jeden Einzelnen extrem wichtiger Bestandteil des Wohl- und Sich-menschlich-Fühlens. Zur Förderung von Selbstbestimmung, Mobilität und Lebensqualität älterer Menschen entwickelte die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) mit Unterstützung des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V. (PKV) das bundesweite Präventionsprogramm ‚Älter werden in Balance‘. Ein Schwerpunkt des Programms bildet das lebensweltbezogene Bewegungsprogramm ‚Lübecker Modell Bewegungswelten‘.

Das ‚Lübecker Modell Bewegungswelten‘ weist einige Unterschiede zu anderen Trainingsprogrammen auf, allen voran die Einbettung der gesamten Trainingsstunde in eine ‚Bewegungswelt‘ zum Beispiel

die ‚Apfelernte‘, ‚Am Strand‘ oder der ‚Hausbau‘ als Grundidee des Konzeptes. Die Übungsleiter gestalten das Training anhand von standardisierten Planungs- und Dokumentationsbögen, die der Stunde



einen strukturierten Rahmen geben und somit zur Umsetzungsqualität beitragen. Bewegungen, die sich an die Erfahrungen der Teilnehmer anlehnen, werden nicht nur leichter verstanden und korrekt ausgeführt, sondern stimulieren zum kommunikativen Austausch über Erinnerungen.

Dass unsere Bewohner mit sehr viel Spaß und Freude dabei sind, merken wir an den zufriedenen Gesichtern, den wachsenden Gruppen und natürlich auch daran, dass sie ihr 2x wöchentlich ausgeteiltes ‚M+B‘ – Mein tägliches Bewegungsprogramm – stets motiviert ausführen und es sogar anderen Mitarbeitern stolz zeigen. Selbst bei den sehr warmen Temperaturen wird fleißig trainiert.

Vitanas Senioren Centrum Im Casino

Pfaffenstraße 3 | 19055 Schwerin

☎ (0385) 575 66 - 0 | www.vitanas.de/imcasino

Ihr Ansprechpartner:
Clemens Grosse, Centrumsleiter

Fortsetzung von Seite 1

digte sie die Arbeit der Altenparlamente in den vergangenen 20 Jahren. Die Idee dazu sei richtig gewesen, betonte sie. „Es wurde Zeit, die Seniorinnen und Senioren aktiver in die Gestaltung unseres Landes für die Gegenwart und für die Zukunft einzubinden.“

Auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig unterstrich dies. Sie sprach über Erreichtes, über Anregungen und Forderungen, die umgesetzt werden, und über Probleme, die gelöst werden müssen. „Sie können stolz darauf sein, dass viele von Ihren Vorschlägen und Anregungen aus den Beschlüssen des neunten Altenparlaments in die Koalitionsvereinbarung 2016 bis 2021 eingeflossen sind“, hob sie hervor. Das gelte besonders für die Beschlüsse zum „Wohnen im Alter“ und zur „Sicherung der sozialen Infrastruktur im ländlichen Raum“. Der Leitantrag zur Förderung der Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren sei „ein aktuelles Thema für uns alle“. Die Digitalisierung und ihre Umsetzung bedeute als großes Thema der Landesregierung: „Anschluss an die digitale Welt zu haben ist heute auch Teil der Daseinsvorsorge“.

Zum Präsidenten des 10. Altenparlaments wurde Bernd Rosenheinrich gewählt. Er begrüßte den Delegierten Günter Schult aus Neubrandenburg, der das zehnte Mal am Altenparlament teilnahm, sowie drei weitere Delegierte, die neun Mal dabei waren. Sechs Präsidentinnen und Präsidenten leiteten die Parlamente: Heinz Rösel (1999), Ortrud Farken (2001 und 2005; verstorben), Erika Drecoll (2003 und 2011), Brigitte Paetow (2007 und 2013) und Bernd Rosenheinrich (2016). Das nach dem 6. Altenparlament im Juli 2010 vom Landtag beschlossene Seniorenmitwirkungsgesetz bilde „eine wesentliche Grundlage für die gegenwärtige Stellung unseres Altenparlaments“, hob er hervor. Im November 2015 wurde es präzisiert und entfristet.



Bernd Rosenheinrich, Präsident des 10. Altenparlaments, bei seiner Rede

Rosenheinrich resümierte die Arbeit der vorangegangenen Altenparlamente und die Ergebnisse, die sie brachten. Dann sprach er die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Generationen an und ging auf die Problematik aktueller Themen ein: Bezahlbarer Wohnraum, Pflegenotstand und Altersarmut. Kurz stellte er den Inhalt der Resolution „Für ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept MV“ dar und nannte die drei Leitanträge. Zu diesen wurde später in den Arbeitskreisen beraten und diskutiert; es wurden auch Änderungen eingebracht. Die Leiterin Brigitte Seifert und die Leiter Dr. Georg Weckbach und Michael Schmidt berichten darüber im Anschluss an diesen Bericht.

Grußworte für die Landtagsfraktionen hielten Nadine Julitz (SPD), Maika Friemann-Jennert (CDU), Prof. Dr. Ralph Weber (AfD), Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE) und Bernhard Wildt (BMV). Unmut erregte bei den Delegierten die Tatsache, dass außer der Ministerpräsidentin keine weiteren Ministerinnen und Minister am Plenum teilnahmen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Landtagsfraktionen nutzten nach der Mittagspause die Möglichkeit, ihre Aktivitäten bezüglich der Seniorenpolitik darzulegen. Anschließend stellten sie sich den kritischen Fragen der Delegierten.

Bevor Leitanträge und Resolution jeweils zur Abstimmung kamen, wurden diese durch die Leiter der Arbeitsgruppen vorgestellt und die Änderungen erläutert. Zu einzelnen Punkten kam es noch zu Diskussionen und Änderungswünschen, die in die Abstimmung eingingen. Nach dem Schlusswort des Präsidenten des Altenparlaments und seinem Dank an die Landtagsverwaltung für deren Organisation erfolgte die Verabschiedung der Delegierten durch die Vizepräsidentin des Landtags.

Die Beschlüsse des Altenparlaments, auch die der vorangegangenen, können auf der Homepage des Landtags eingesehen werden. Die Medien berichteten in unterschiedlicher Form über das Treffen im Schweriner Schloss. Den Landesverband der Gartenfreunde Mecklenburg und Vorpommern vertrat, in Nachfolge des ausgeschiedenen Horst Rademacher, Michael Kretzschmar. Ausführlich berichtete er in Nr. 8 / August 2018 der Verbandszeitschrift *Gartenfreund* über Verlauf und Beschlüsse und endete mit den Worten: „Dieser ereignisreiche Tag im neuen Plenarsaal des Landtags im Schloss in Schwerin war angefüllt mit vielen Begegnungen, konstruktiven Gesprächen und neuen und alten Bekannten für mich.“

Kirsten Kühn

Berichte der Arbeitsgruppen

Punkt für Punkt wurde abgearbeitet

Brigitte Seifert, Leiterin des Arbeitskreises I:



In unserem Arbeitskreis diskutierten 24 Senioreninnen und Senioren den Leitantrag zum Thema „Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum – Entwicklung des ländlichen Raumes“. Grundlage waren dabei die Leitanträge des 8. und 9. Altenparlaments sowie die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“. Im Vorfeld hatten die Delegierten die Möglichkeit, zum Entwurf des Leitantrags Änderungen und Ergänzungen schriftlich beim Organisationskomitee einzureichen. Danach wurde dieser nochmals überarbeitet.

In der Diskussion gingen die Delegierten Punkt für Punkt den Antrag durch und wurden über die eingegangenen Änderungen und Ergänzungen informiert. Danach stimmten die Teilnehmenden über jede Forderung ab. Sie diskutierten konstruktiv, lebendig, schwungvoll und erfrischend. Im Ergebnis wurden folgende zentrale Forderungen, die mit weiteren konkreten Aufgaben untersetzt sind, an die Landesregierung gestellt:

1. Zur Sicherung einer hohen Lebensqualität und gleichwertigen Lebensverhältnissen im ländlichen Raum sind die Kommunen zu unterstützen
2. Maßnahmen sind zu ergreifen, um einer ständig steigenden Altersarmut entgegenzuwirken
3. Schaffung und Sicherung einer gut ausgebauten Mobilitätsstruktur und eines Mobilitätsangebots

4. Sicherung einer flächendeckenden wohnortnahen Gesundheitsversorgung

5. Das Zusammenleben in der Kommune ist zu fördern und die Sicherheit zu gewährleisten

Der gesamte Beschluss zum Leitantrag 1 ist unter der AP-Drucksache 10/7 nachzulesen.

Am Rande der Diskussion wurde der Vorschlag gemacht, das Altenparlament künftig in „Seniorenparlament“ umzubenennen. Für die gelungene Veranstaltung gilt der Dank dem Org.-Komitee des Altenparlaments, dem Team aus der Landtagsverwaltung und allen Delegierten.

Es gab zwei Ergänzungen

Dr. Georg Weckbach, Leiter des Arbeitskreises II:



An der Diskussion des Leitantrags „Gesundheit und Prävention in Mecklenburg-Vorpommern“ nahmen 33 Delegierte teil. Sie wurde eröffnet durch einen Beitrag zur Pflege unter Berücksichtigung unterschiedlicher sexueller Interessen. Vom Tagungspräsidium, dem auch Dr. Peter Kupatz angehörte, wurde er zur Weiterleitung an den Landeseniorenbeirat empfohlen, da er keinen direkten Bezug zum vorgelegten Leitantrag enthielt. Innerhalb des Berichts vor dem Plenum wurde der Text dieses Beitrags übergeben.

In der weiteren Diskussion gab es zwei Anträge auf Ergänzung des vorliegenden Leitantrags. Prof. Pratzel beantragte, im Punkt 1 zusätzlich auf das Ziel „Gesundheitsland Nr. 1 zu werden“ hinzuweisen. Prof. Uwe Fischer und Herr Friedrich Wilhelm Bluschke formulierten einen Antrag nach der Diskussion zur Erweiterung im Punkt 3 auf die Ebene der Gemeinden mit den

zugehörigen Netzwerken. Die Diskussion war sehr konstruktiv, und die Zustimmung zu den Anträgen für die Ergänzungen erfolgte überwiegend mit Mehrheiten.

Einige Delegierte merkten an, dass sie die Unterlagen zum Altenparlament zu spät erhalten hätten. Durch das Präsidium war auch die kurz vorher beschlossene Geschäftsordnung bei der Stellung der Anträge zum Leitantrag, der Diskussion sowie der Beschlussfassung zu beachten.

Der ergänzte Leitantrag des Arbeitskreises II wurde im Plenum vorgestellt und verabschiedet. In der Publikation „Landtag aktuell“ erfolgte die sofortige Veröffentlichung.

Abschlussforderung des Arbeitskreises

Michael Schmidt, Leiter des Arbeitskreises III:



Vor einem Jahr übernahm ich im Organisationskomitee den Vorsitz für den Arbeitskreis „Förderung der Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern“ – eine Aufgabe, die an Intensität über meine Vorstellungen hinausging, mir aber sehr viele neue Erkenntnisse brachte. Diese Arbeitsgruppe tagte in einer Stärke von bis zu 14 Mitgliedern regelmäßig und versuchte, erst einmal zu definieren, was Medienkompetenz bedeute. Medienkompetenz ist nicht allein das Beherrschen der notwendigen Geräte oder die Kenntnis notwendiger Programme, sondern auch der sichere Umgang mit den vielen Angeboten und die notwendige Beschränkungen auf das wirklich Notwendige, um in einer digitalen Welt nicht ins Abseits zu geraten.

Die Teilhabe in der Gesellschaft ist in vielen Lebensbereichen nur noch „online“ möglich, und der Umfang steigt ständig. Er reicht von Bahn bis Bank und natürlich auch bis zur digitalisierten Verwaltung (z. B. Bahnfahrkarten, Bankverkehr, Personalausweis, Steuererklärung, Bauanträge usw.). Natürlich gilt es zunächst, die Hemmnisse älterer Menschen zum Einstieg in die digitale Welt abzubauen. Da sind es die Ängste vor Überforderung mit neuer Technik oder auch die Angst, persönliche Daten freizugeben, bis hin zu kriminellen Strukturen im Internet. Die ständigen Berichte über Datenmissbrauch und Internetbetrügereien tragen das Ihre dazu bei, die Verunsicherung noch zu steigern.

Unser Antrag fordert deshalb:

- die digitale Teilhabe als Grundrecht in die Landesverfassung aufzunehmen,
- das Aufgabengebiet Medienkompetenz auf eine Behörde oder einen Beauftragten mit entsprechender finanzieller Ausstattung zu reduzieren,
- die bereits bestehenden Strukturen und Initiativen für Schulungen zu nutzen und auszubauen,
- Zugänge zu digitalen Medien in öffentlichen Räumen für Seniorinnen und Senioren einzurichten,
- eine landesweite Ausweitung der Kampagne „Senioren ans/ins Netz“ und diese durch regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen,
- eine Umstellung der Finanzierung von einer Projekt- hin zu einer permanenten Haushaltsfinanzierung.

Soweit die Kurzfassung unseres Leitantes. Der komplette Antrag ist auf Homepage des Landtages und dem Bericht des Altenparlaments nachzulesen. Der besondere Dank gilt neben den vielen Teilnehmern der Arbeitsgruppe Herrn Professor Rosenstock von der Universität Greifswald, Frau Kröpelin vom Europäischen Integrationszentrum Rostock (Silversurfer) und Frau Schmidt, Geschäftsführerin des Volkshochschulverbands, deren viele guten Impulse und neuen Aspekte ein-



Die ehemalige Präsidentin des Altenparlaments Brigitte Paetow (Mitte) und der ehemalige Präsident Heinz Rösel (rechts) waren Ehrengäste des Jubiläums.

gearbeitet werden konnten. Mit zwei guten Zusätzen wurde der Leit Antrag einstimmig beschlossen.

Es erfolgte eine Abschlussforderung des Arbeitskreises:

Die Landessenorenbeiräte sollen als Multiplikatoren in die Lage versetzt werden, die Forderungen des Altenparlaments in die Gesellschaft und Verwaltungen zu tragen, um für deren Umsetzung zu sorgen. Hierfür sind grundsätzlich haushalterische Voraussetzungen zu schaffen. Weiterhin soll die Zusammenarbeit mit der Landesmedienanstalt ausgebaut werden.

Rückblick: Ein besonderes Jubiläum

Eine kurze Bilanz aus seiner Erinnerung zog der Delegierte Günter Schult aus Neubrandenburg auf dem 10. Altenparlament:

Auch für mich ist das 10. Altenparlament ein Jubiläum. Seine Einrichtung 1999 war nach der Gründung unseres Landessenorenbeirats am 10. November 1994 in Plau zu einem Hauptgegenstand unserer ehrenamtlichen Tätigkeit geworden. Das erste Altenparlament am 22. September 1999 war letztlich das Ergebnis der engen Zusammenarbeit mit dem Landtag und seinem Präsidenten Hinrich Kuessner. Hilfreich war die Unterstützung durch den Landessenorenbeirat Schleswig-Holstein. Die Herren Vanselow und Hell standen uns mit Rat und Tat zur Seite. Beigetragen hat auch der mehrfache Erfahrungsaustausch mit der da-



Peter Lundershausen verkündet seine Meinung zur Resolution

maligen Bundessenorenvertretung. Wesentliche Arbeit zum Erfolg im Forum leistete stets das vorbereitende Organisationskomitee unter Leitung des Landessenorenbeirats. Im Zusammenwirken aller demokratischen Seniorenorganisationen wurden die Aufgaben des im außer- oder vorparlamentarischen Raum tätigen Altenparlaments erarbeitet und die Delegierten ausgewählt. Herr Kuessner formulierte das damals so: „Das Altenparlament ist zwar kein gewähltes Parlament und kann keine Beschlüsse fassen, die dann ohne Wenn und Aber umgesetzt werden müssen, aber die Mitglieder des Altenparlaments können durch Meinungsäußerungen den Politikern und der Öffentlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern sagen, was sie für richtig und heute für notwendig halten.“

Zum dritten Altenparlament sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider: „Ich betrachte das Altenparlament als eine sehr gute Gelegenheit, die Wünsche sowie Hoffnungen und nicht zuletzt die Forderungen der Senioren unseres Landes zu artikulieren.“ Mein Kommen zum 10. Altenparlament ist für mich nicht nur selbstverständlich, sondern auch verbunden mit Anerkennung und Respekt gegenüber allen von Anfang an Beteiligten.

Berieten wir am 22. September 1999 über die Stellung der Senioren in der demokratischen Gesellschaft, über Altersversorgung, Gesundheit und Pflege, so können wir heute konstatieren, dass wir Kontinuität und Aktualität

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

stets im Auge behielten und uns stets den Herausforderungen stellen, die durch die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission, beispielsweise zur Digitalisierung, im Mittelpunkt stehen. Für mich ist besonders von Bedeutung, dass für 2019 ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept gefordert und auf Bundesebene rentenpolitisch endlich die Einheit Deutschlands zum Abschluss gebracht wird. Ich bin aber auch gespannt, welche neuen Aufgaben die gesellschaftspolitische Entwicklung unter Beteiligung der Seniorinnen und Senioren bringen wird.

Wortmeldung: Leere Minister-Sessel

In ihrem Grußwort zum 10. Altenparlament betonte die Ministerpräsidentin die Bedeutung der Seniorenarbeit in M-V. Sie hob die Rolle der Großeltern besonders hervor: „Was würden wir ohne Oma und Opa nur machen?“ und lobte das engagierte Verhalten sowie die gute Zusammenarbeit zwischen dem Landtag und den Senioren. Nach ihrer Ansprache verließ Frau Schwesig den Plenarsaal. Anscheinend war das Interesse für die Arbeit des Altenparlaments nicht so bedeutend, dass sie weiter anwesend sein musste. Auch kein Minister war der Einladung zum Altenparlament gefolgt, so dass man wohl davon ausgehen muss, dass die Senioren eine untergeordnete Rolle in der Politik der Landesregierung spielen. Nach dem Verlassen der Ministerpräsidentin begann also die Arbeit. Zum Ende der Sitzung wurden in einer Resolution noch einmal die Ziele und Forderungen der Senioren zusammengefasst. Da kein Mitglied der Landesregierung anwesend war, erfolgte die Übermittlung an diese digital. Wir wünschen uns eine stärkere Zusammenarbeit mit der Landesregierung!

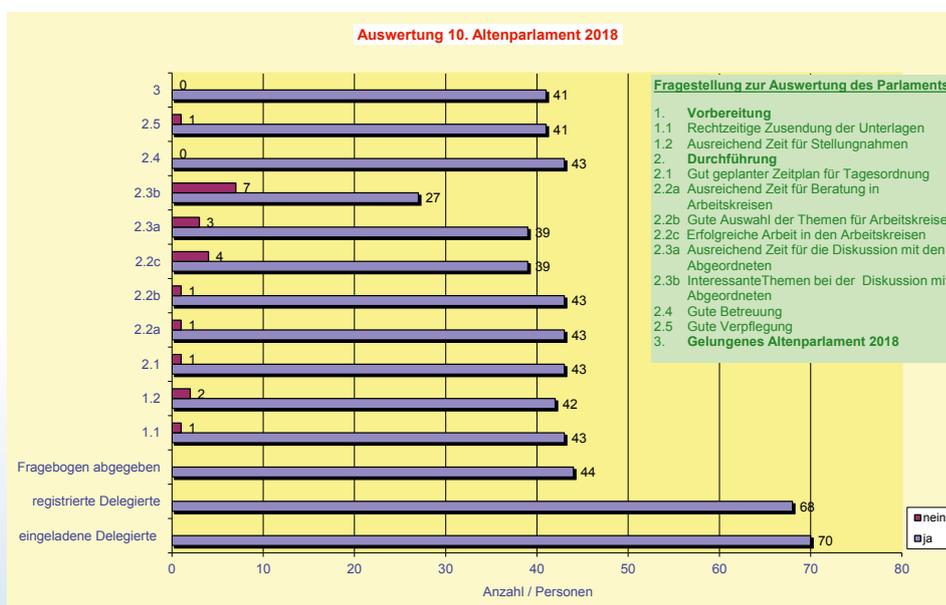
Walter Heinrich
Seniorenbeirat Schwerin

Organisationskomitee: Antwort auf Fragen

Aus dem Organisationskomitee liegt folgende Einschätzung vor: Wie zu den bisherigen Altenparlamenten hatte auch diesmal jeder Teilnehmer die Möglichkeit, an einer anonymen Befragung zur Einschätzung des Verlaufs des 10. Altenparlaments teilzunehmen. 73 Prozent der Delegierten machten davon Gebrauch. Wie aus dem Diagramm ersichtlich, ging es um die Einschätzung von drei Schwerpunkten zur Vorbereitung, zur Durchführung und zum Gelingen des Parlaments. 40 Prozent der Teilnehmer waren rundum zufrieden. Die größte Unzufriedenheit gab es mit 25 Prozent bei den Themen in der Diskussion mit den Abgeordneten. So wurde eingeschätzt, dass nur ungenügend auf Fragen eingegangen, keine offene Diskussion geführt und nichts Konkretes aus den Fraktionen gekommen wäre. Die Antworten seien unkonkret geblieben, es wurden keine Aufgaben und Ziele genannt. Fünf Delegierte fanden die Zeit zu kurz, obwohl wegen fehlender Fragen der Tagesordnungspunkt vorzeitig beendet werden musste. Hier sei die Frage gestellt: Warum haben denn jene Teilnehmer ihre Fragen und Probleme nicht zur Diskussion gestellt? Zahlreiche Anmerkungen gab es zur Arbeit in den Arbeitskreisen, etwa:

- nur Beschlussvorlagen wurden diskutiert,
- diskutiert wurden nur Veränderungen,
- die Punkte wurden nur im Schnelldurchlauf angesprochen,
- die Beratungszeit war zu kurz,
- das Thema „Vielfalt in der Pflege und im Alter“ wurde nicht zugelassen,
- aktuelle Themen konnten nicht eingebracht werden.

Hier zeigt sich, dass wohl noch nicht bei allen Delegierten die Arbeitsweise des Parlaments verstanden wurde. Langfristig werden in einem Organisationskomitee in Arbeitsgruppen Beschlussentwürfe erarbeitet. Die Themen werden im Vorfeld gemeinsam mit den Seniorenorganisationen, Vereinen und Verbänden ausgewählt. Dann gehen die mit vielen Mitstreitern erarbeiteten und rechtlich geprüften Beschlussentwürfe in diese Organisationen zur breiten Diskussion. Vorschläge und Hinweise werden von den Arbeitsgruppen geprüft und gegebenenfalls eingearbeitet. Zwischenzeitlich werden die Delegierten von den Organisationen benannt. Diese erhalten dann mehrere Wochen vor dem Parlament die Beschlussentwürfe mit der Maßgabe, eventuelle Änderungswünsche oder Ergänzungen einzureichen. Die Arbeitsgruppen prüfen erneut und arbeiten diese Vorschläge ein. Etwa vier Wochen vor



dem Altenparlament erhalten dann alle Delegierten die aktuellen drei Beschlusssentwürfe. Jeder Delegierte hat zuvor die Möglichkeit, seine Vorstellungen einzubringen, damit diese auch allen übrigen Delegierten rechtzeitig zugänglich gemacht und von diesen geprüft werden können.

Frage: Wie sollte dies mit völlig neuen Themen gerade am Tag des Altenparlaments funktionieren? Hätte dann jeder Delegierte ausreichend Gelegenheit, sich mit dem neuesten Stand vertraut zu machen? Welchen inhaltlichen Einfluss hätte er dann noch bei neu eingebrachten Themen und wie sollte dazu noch die Diskussion in den Organisationen erfolgen?

Leider hat es auch Delegierte gegeben, die die Unterlagen nicht rechtzeitig erhalten hatten. Wann aber sollten diese zugeschickt werden, wenn die betreffende Organisation erst 14 Tage vor dem Parlamentstermin ihn oder sie als Delegierte meldet? Nicht alle Vereine und Verbände meldeten ihre Delegierten termingerecht, Ersatzdelegierte fehlten oft gänzlich. Deshalb waren auch nur 68 Teilnehmer anwesend. Zwei Delegierte fehlten, Ersatz-

personen wurden nicht genannt bzw. als Vertreter geschickt. Ein Delegierter wurde trotz mehrfacher telefonischer Erinnerung nicht benannt. Dies hat aber nicht das Organisationskomitee zu verantworten, sondern die delegierenden Organisationen.

Kritisiert wurde von einigen Delegierten, dass mehrere Delegierte das Parlament bereits vor dessen Ende verließen. Dass dies künftig unterbleibt – darauf sollten die delegierenden Organisationen mehr Einfluss nehmen. Weiterhin bestand der Wunsch, eine allgemeine Debatte im Plenum zuzulassen. Ein weiteres Anliegen war: Wann erhalten die Delegierten Auskunft, wie Landesregierung und Fraktionen mit den Beschlüssen verfahren. Besonders kritisch wurde von mehreren Delegierten angemerkt, dass Vertreter der Landesregierung fehlten. Die Ministerpräsidentin hat dies bereits in einer Kabinettsitzung ausgewertet und versichert, dass dies nicht wieder vorkommen wird. Dafür wird sie künftig persönlich als Ministerpräsidentin sorgen.

Erneut wurde von einer Delegierten gefordert, das Altenparlament in „Se-

niorenparlament“ umzubenennen. Darüber hatte das Organisationskomitee bereits nach dem 9. Parlament diskutiert. Dieses Altenparlament ist seit langem zu einer guten Tradition in Mecklenburg-Vorpommern geworden. Ursprünglich als Form der politischen Partizipation Älterer aus Schleswig-Holstein übernommen, hat sich unser Altenparlament in den vergangenen 19 Jahren bundesweit einen eigenen Namen gemacht. Unsere vielfältigen Erfahrungen und guten Ergebnisse und deren Wirksamkeit im politischen Alltag unseres Landes sind auch in anderen Bundesländern sehr gefragt. Eine wesentliche Grundlage für die gegenwärtige Stellung unseres Altenparlaments ist das nach dem 6. Altenparlament im Juli 2010 vom Landtag beschlossene Seniorenmitwirkungsgesetz, das im November 2015 präzisiert und entfristet wurde. Im § 4 wird als Forum der Mitwirkung und als eine Form der Durchsetzung der in § 1 dieses Gesetzes genannten Ziele die Bezeichnung Altenparlament genannt und festgeschrieben. Dies war für das Organisationskomitee Grund genug, den traditionellen Namen beizubehalten. ■

BESCHLUSS DES 10. ALTENPARLAMENTS

Zum Thema „Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum – Entwicklung des ländlichen Raumes“

Unter Berücksichtigung der Leitanträge des 8. und 9. Altenparlaments und des Abschlussberichts der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ fordert das 10. Altenparlament den Landtag und die Landesregierung auf, Rahmenbedingungen für die soziale Daseinsvorsorge im ländlichen Raum zu schaffen, zu sichern und zu verbessern. Dafür ist es insbesondere erforderlich:

1. Zur Sicherung einer hohen Lebensqualität und gleichwertiger Lebensverhältnissen im ländlichen Raum sind die Kommunen zu unterstützen durch:

1.1 Erarbeitung eines verlässlich finanzierten Strukturkonzepts für die Ausgestaltung der Strukturen im ländlichen Raum. In Zusammenarbeit und engem Austausch mit den kommunalen und regionalen Akteuren vor Ort sind spezifische Handlungsbedarfe zu ermitteln und Ansätze und Instrumente durch das Land zu entwickeln. Die im Juni 2017 gebildete interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) erarbeitet dazu eine integrierte Strategie zur Entwicklung der ländlichen Räume und setzt diese zunächst in Modellregionen um. Jede Kommune im ländlichen Raum sollte eine „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ haben. Dies ist noch in dieser

Legislaturperiode umzusetzen. Ein strategisches Herangehen ist erforderlich, nicht ein Fortschreiben bzw. immanentes Korrigieren bestehender Ansätze.

1.2 Zurverfügungstellung von ausreichenden finanziellen Mitteln über das FAG (neu vom 24.01.2018) als Garantie der Kommunalen Selbstverwaltung und für die Sicherung der Daseinsvorsorge. Hierzu braucht es Ideen, wie die kommunale Ebene zukunftsfest aufgestellt werden kann. Dabei ist bei der Berechnung des kommunalen Finanzausgleichs „nicht allein die Einwohnerzahl, sondern ebenfalls die zu versorgende

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

Fläche zu berücksichtigen“ (Klingholz/ Abschlussbericht Enquetekommission S. 291).

1.3 Weiterentwicklung leistungsfähiger kommunaler Verwaltungsstrukturen und Sicherung einer bürgernahen Raumpolitik. Den Ausbau und die Stärkung kommunaler Zusammenarbeit gilt es zu unterstützen. Förderprogramme sind auch für kleine Gemeinden anzupassen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität der ländlichen Region zu steigern.

1.4 Erarbeitung eines seniorenpolitischen Gesamtkonzepts des Landes, welches die Grundlage für die seniorenpolitischen Konzepte der Kommunen ist. Laut Koalitionsvertrag Nr. 324 wird den Kommunen Unterstützung bei der Erarbeitung zugesichert. Dazu ist es notwendig, zeitnah eine Rahmenkonzeption vom Land zu erarbeiten, die den Kommunen als Vorlage dient.

2. Zur Vermeidung einer ständig steigenden Altersarmut im gesamten Land sind u. a. folgende Maßnahmen gegenüber der Bundesregierung im Bundesrat durchzusetzen:

2.1 Notwendig ist eine zeitnahe Erhöhung des Mindestlohniveaus, deutlich höhere Tarifbindungen und eine weitere Ausweitung existenzsichernder sozialversicherungspflichtiger Jobs, damit der Arbeitslohn zum Leben reicht.

2.2 Gefordert ist eine sozial orientierte Beschäftigungspolitik sowie Begrenzung der Leiharbeit und befristeter Arbeitsverhältnisse. Leiharbeit soll in erster Linie dem Abbau kurzfristiger Engpässe bei erhöhter Auftragslage dienen.

2.3 Als tragende Säule der Altersversorgung ist eine sozial gerechtere Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung zu sichern. Erforderlich sind die Rückführung der drastischen Kürzungen des Rentenniveaus, die Abschaffung der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters sowie ein selbstbestimmtes flexibles Renteneintrittsalter. Die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West ist, wie ursprünglich

geplant, in der ersten Hälfte der jetzigen Legislaturperiode durchzusetzen.

2.4 Die gesetzliche Rente muss als wesentliche Grundlage für die existenzsichernde Altersversorgung erhalten und ausgebaut werden.

2.5 Das Rentensystem ist für zukünftige Generationen nachhaltig zu stärken.

3. Schaffung und nachhaltige Sicherung einer gut ausgebauten Mobilitätsinfrastruktur und eines Mobilitätsangebots durch:

3.1 Inkrafttreten eines integrierten Landesverkehrsplans noch im Jahr 2018.

3.2 Erhalt von Bus- und Bahnlinien, Schaffung von ineinandergreifenden Mobilitätsketten. Einführung eines landesweiten Schienen-Personen-Nahverkehr-Tarifs. Tarifverbünde sind zu fördern.

3.3 Ausbau und Förderung alternativer, bedarfsgerechter und barrierefreier Bedienformen im ÖPNV, wie Anruf-Sammeltaxis, Ruf- und auch Bürgerbusse. Eröffnung von modernen integrierten Leitstellen, Verallgemeinerung und Förderung von Modellprojekten wie „ILSE“ (im Raum Loitz/Trantow).

3.4 Seniorengerechte und barrierefreie Straßenraumgestaltung zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Schaffung von sicheren und komfortablen Fuß- und Radwegenetzen sowie barrierefreien Haltestellen von Bahn und Bus. Gut beleuchtete Haltestellen und lesbare Fahrpläne sowie die Einrichtung eines Haltestellenkatasters.

3.5 Erhöhung und Sicherung des Versorgungsgrades und der Verfügbarkeit von Breitband mit mindestens und mehr als 50 Mbit/s in den nächsten 2 Jahren bis ins „letzte Dorf“. Ausbau eines möglichst dichten Mobilfunknetzes. Um den Risiken der Digitalisierung zu begegnen, bedarf es der Beachtung des Verbraucher- und Datenschutzes für alle gesellschaftlichen Bereiche.

4. Sicherung einer flächendeckenden wohnortnahen Gesundheitsversorgung durch:

4.1 Entwicklung eines zukunftsfähigen, langfristigen Konzepts zur sektorenübergreifenden Versorgungsplanung.

4.2 Flächendeckender Erhalt bzw. Wiederherstellung der Grund-, Regel- und Notfallversorgung.

4.3 Ausrichten des Bedarfs in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung nicht nur nach der Bevölkerungszahl, sondern auch nach Aspekten wie Krankheitshäufigkeiten, Bevölkerungsentwicklung und deren Altersstruktur sowie der Altersstruktur der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte. Dazu gehören Angebote an stationärer und ambulanter Versorgung, ausreichend vorhandene Fachärzte, flächendeckende Sicherung der Reha, Palliativ- und Hospizangebote sowie der Hilfsfristen der Rettungsdienste, die Anbindung und Erreichbarkeit mit dem ÖPNV.

4.4 Schaffung von erreichbaren barrierefreien Gesundheitszentren sowohl mit stationärem Bereich als auch der ambulanten Versorgung und dem kassenärztlichen Bereitschaftsdienst. Positive Beispiele, wie das Medizinisch-Therapeutische Zentrum Roggentin und das Gesundheitshaus in Woldegk, sind zu verallgemeinern.

4.5 Förderung von Kooperationsmodellen und Verallgemeinerung von Erfahrungen bestehender Netzwerke, wie z. B. „HaffNet“ in der Uecker-Randow-Region. Einführung von telemedizinischen Angeboten, angepasst an den Bedarfen der älteren Patienten.

4.6 Schaffung einer zentralen Beschwerdestelle auf Landesebene für Anliegen zu Pflegerischer bzw. pflegender Angehöriger.

4.7 Weitere Förderung von niedrigschwelligen Hilfs- und Entlastungsangeboten der pflegenden Angehörigen. Novellierung der Betr. Ang LVO M-V für ein einfaches Anerkennungsverfahren von Helferinnen für niedrigschwellige Betreuungsangebote gemäß §§ 45a-45c SGB XI.

4.8 Fachkräftesicherung im ärztlichen und pflegerischen Bereich sowie die bedarfsgerechte Verteilung medizinischer Berufe speziell im ländlichen Raum durch Umsatzgarantien, Investitionszuschüsse, Sicherstellungszuschläge, Um-

zugshilfen sowie Stipendien. Entlohnung der qualifizierten Fachkräfte in der Pflege nach Tarif.

4.9 Sicherung einer besseren Ausgestaltung der geriatrischen Versorgung sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich. Förderung der Zusatzweiterbildung vor allem der Hausärzte und von Pilotprojekten zur Optimierung der regionalen geriatrischen Versorgung, wie z.B. in Wolgast/Greifswald, und deren Verallgemeinerung.

5. Zusammenleben fördern und Sicherheit gewährleisten durch:

5.1 Eine unkomplizierte finanzielle Förderung von freiwilligen Aufgaben und damit des bürgerschaftlichen Engagements. Unterstützung von Vereinen durch eine dauerhafte, ausreichende Finanzierung von kulturellen und sportlichen Einrichtungen, von niedrigschwelligem Kontakt- und Begegnungs-

stätten für alle Generationen, wie z. B. Mehrgenerationenhäuser, Familienzentren, Gemeindetreffs u. a., und diese sicher und nachhaltig zu gewährleisten. Das macht die Aufhebung des Kooperationsverbots erforderlich.

5.2 Weiterentwicklung und Förderung eines unabhängigen regionalen Beratungsnetzes und Ausbau zu einer flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Angebotsstruktur inklusive mobiler Beratungsangebote (u. a. allgemeine soziale Beratung, Schuldnerberatung, ergänzende unabhängige Teilhabeberatung, Pflegestützpunkte, Selbsthilfegruppen). Verallgemeinerung guter Beispiele, wie Dörpkieker, GeroMobil und Carimobil.

5.3 Statt Ängste zu schüren, muss Veränderungsbereitschaft im ländlichen Raum stimuliert werden. Dabei sind die Potentiale jedes Ortes zu nutzen.

Für die Landesregierung und Landespolitik muss es eine Grundhaltung sein, sich nicht aus den ländlichen Regionen zurückzuziehen.

5.4 Um den veränderten Anforderungen in den ländlichen Regionen besser gerecht zu werden, ist eine bessere personelle und sächliche Ausstattung der Landespolizei erforderlich. Gegebenenfalls müssen auch Dienststellenstrukturen verändert werden, um einen schnellen und zuverlässigen Polizeidienst in allen Regionen sicherzustellen.

5.5 Nutzung der positiven Erfahrungen mit dem Projekt „Senioren-sicherheitsberater“ sowie Intensivierung der Präventionsarbeit über die Kreispräventionsräte mit diesen in Zusammenarbeit mit Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften.

Der Präsident des 10. Altenparlaments

Zum Thema „Gesundheit und Prävention in Mecklenburg-Vorpommern“

Unter Berücksichtigung der Leitartikel/Beschlüsse des 8. und 9. Altenparlaments und des Berichtes der Enquete-Kommission „Älter werden in M-V“ fordert das 10. Altenparlament M-V folgende Anträge von der Landesregierung und dem Landtag:

1. Der Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, im Aktionsbündnis für Gesundheit prioritär Gesundheitsziele für Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern als Voraussetzung einer zielgerichteten Prävention zu erarbeiten. Hierzu ist eine Analyse der Umsetzung der Anträge des 8. und 9. Altenparlaments im Bereich Gesundheit und Prävention auf dem Weg zum Ge-

sundheitsland Nummer Eins zu erstellen.

2. Der Landtag und die Landesregierung intensivieren im Rahmen eines Gesamtansatzes Präventionsprogramme zu gesunder Ernährung und Bewegungsförderung für Seniorinnen und Senioren. Die Landesregierung unterstützt innovative Ansätze zur Förderung des gesunden Alterns, vor allem in der Bewegungs- und Mobilitätsförderung, sowie auch Maßnahmen zur Ernährung und zur Förderung der Alltags- und Gesundheitskompetenz.

3. Der Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken und den Aufbau, den Ausbau und die Vernetzung kommunaler Dienstleistungs-

zentren für Gesundheit und Prävention zu unterstützen sowie darauf hinzuwirken, dass die Gemeinden die Gesundheitsförderung der allgemeinen Daseinsvorsorge zuordnen, ein Netzwerk mit allen Akteuren bilden und einen Ansprechpartner für alle Beteiligten stellen.

4. Der Landtag und die Landesregierung werden aufgefordert, die Gesundheitsbildung bei Seniorinnen und Senioren zur frühzeitigen Erkennung von gesundheitlichen Risiken und systematische Öffentlichkeitsarbeit und Informationsvermittlung einschließlich der gezielten Publikation von gesundheits- und präventionsbezogenen Veranstaltungen zu fördern.

Der Präsident des 10. Altenparlaments

Zum Thema „Förderung der Medienkompetenz von Seniorinnen und Senioren in Mecklenburg-Vorpommern“

Landtag und Landesregierung werden aufgefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die auch älteren Menschen die Teilhabe an der modernen Mediengesellschaft ermöglichen. Dafür ist es insbesondere erforderlich:

1. Die digitale Teilhabe ist als Grundrecht in die Landesverfassung aufzunehmen.
2. Das Aufgabengebiet „Medienkompetenz“ ist einem festen Ansprechpartner durch Bestellung eines Landesbeauftragten für Medienbildung mit der da-

für notwendigen finanziellen Ausstattung zuzuordnen. Dieser sollte z. B. der Staatskanzlei zugeordnet sein mit Weisungs- und Abstimmungskompetenzen

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

in alle mit Medienkompetenz beauftragte Ministerien. Ähnliche Strukturen sind auch in den Kommunen einzurichten.

3. Die bereits bestehenden Strukturen und Initiativen sind zu nutzen, um auf bewährte Partner und Projekte im Land zurückzugreifen und konstruktiv für die Zukunft zu unterstützen. Hierfür ist es erforderlich, feste Stellen für Fachleute zu schaffen.

4. Zugänge zu digitalen Medien sind in speziellen öffentlichen Räumen für Senioreninnen und Senioren einzurichten. Hierzu zählt auch die Pflicht zur Bereitstellung von WLAN und mit digitalen Medien ausgestatteten Räumen in seniorenbetreuenden Einrichtungen, wie z. B. in Pflegeheimen, im betreuten Wohnen und fremdverwalteten Senioren-Wohngemeinschaften.

5. Landesweite Ausweitung der Kampagne „Senioren ans/ins Netz“ zur Organisation und Durchführung einer landes-

weiten Aufklärung, Sensibilisierung und Motivierung Älterer zur Nutzung digitaler Medien. Dieser Kampagne muss eine regelmäßige Öffentlichkeitsarbeit folgen, die auch auf kriminelle Aktivitäten und unseriöse Geschäfte hinweist.

6. Die finanzielle Ausstattung ist langfristig zu sichern durch Bereitstellung eines adäquaten Budgets zur Förderung der Medienkompetenz von Senioreninnen und Senioren in M-V.

Der Präsident des 10. Altenparlaments

RESOLUTION des 10. Altenparlaments Mecklenburg-Vorpommern

Zum Thema „Für ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept M-V“

Das 10. Altenparlament fordert die Landesregierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und die Abgeordneten der Fraktionen im Landtag Mecklenburg-Vorpommern auf:

- auf der Grundlage des Abschlussberichts und der Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept als langfristige Strategie zur Gestaltung des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern bis Ende 2019 zu erarbeiten.
- die Gliederung des Abschlussberichts als Schwerpunkte des seniorenpolitischen Gesamtkonzepts zu nutzen
- Die Lebenssituation Älterer in Mecklenburg-Vorpommern
- Wohnen im Alter
- Mobilität im Alter
- Alter, Gesundheit und Pflege
- Bildung im Alter
- Arbeit im Alter

- Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe
- Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

- den Inhalt dieses seniorenpolitischen Gesamtkonzepts landesweit mit den Betroffenen, den Seniorenorganisationen, Vereinen und Verbänden zu diskutieren.

„In unserem Sozialstaat ist die Politik verpflichtet, dafür zu sorgen, dass auch im Alter für alle ein würdiges Leben möglich ist“, erklärte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Eröffnung des 12. Deutschen Seniorentages am 28. Mai 2018 in den Westfalenhallen in Dortmund.

Die Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern muss auf die zahlreichen Aspekte des Alter(n)s und die gegenwärtigen und künftigen Lebenslagen von Senioren entsprechend den Erkenntnissen der Enquetekommission eingehen und ihrer Gestaltungsverantwortung durch entsprechendes Handeln gerecht werden. Die passenden Rah-

menbedingungen für das Leben im Alter zu schaffen, muss daher das Ziel der Landesregierung mit einer seniorenpolitischen Konzeption sein. Sie muss sich verstärkt den Herausforderungen einer immer älter werdenden Gesellschaft, entsprechend der strukturell vorhandenen Rahmenbedingungen in Mecklenburg-Vorpommern stellen. Dies kann nicht allein die Aufgabe der Kommunen sein.

Wie unsere Gesellschaft in zehn oder zwanzig Jahren aussieht, hängt davon ab, welche Menschen sie prägen werden. Zur Gestaltung des demografischen Wandels in unserem Land müssen wir heute die Weichen stellen, damit es sich in Mecklenburg-Vorpommern auch morgen für alle Generationen gut leben lässt.

Die Delegierten des 10. Altenparlaments versichern, dass sie sich in diesen Prozess aktiv einbringen werden.

Der Präsident des 10. Altenparlaments

Senioren-Chor mit hohem Anspruch

Singen im Alter erfährt immer mehr Bedeutung. Auch in der Ausbildung zum Chorleiter nimmt dies einen wichtigen Platz ein. Aufmerksamkeit erfährt zunehmend das Collegium Vocale St. Petri Hamburg. Die Mitglieder sind durchschnittlich 65 Jahre alt und pflegen ein sehr anspruchsvolles Repertoire. Weitere ähnliche Ensembles gibt es in Berlin und im Raum Limburg an der Lahn (Hessen). ■

Die Besten in der Kategorie 1

Wettbewerb „Seniorenfreundliche Kommune“: Lohmen, Ostseebad Wustrow und Warsow

Die Übersicht über die Preisträger im landesweiten Wettbewerb um die seniorenfreundlichste Kommune 2017 (siehe auch Seniorenkurier Nr. 1 und 2/2018) beenden wir heute mit den Ausgezeichneten der Kategorie 1 – Kommunen bis 2000 Einwohnern.

1. Platz: Gemeinde Lohmen (Landkreis Rostock)

Die Gemeinde ist strategisch sehr gut aufgestellt. Mit der Familienservice-Agentur verfügt sie über eine Einrichtung, die besonders auch für die ältere Generation zahlreiche Dienstleistungsangebote bereithält, um das Leben im ländlichen Raum weiterhin möglich zu machen.

Lohmen hat in den zurückliegenden Jahren erhebliche Mittel aufgewandt, um die materiellen Voraussetzungen für die Entwicklung eines umfangreichen gesellschaftlichen Lebens zu verbessern. Mit der Umwandlung der Pfarrscheune zur Festscheune und die umfassende Rekonstruktion des so genannten „Alten Tanzsaales“ wurden gute Bedingungen für kulturelle Veranstaltungen geschaffen. Sehr aktiv ist der Lohmener Kulturverein mit seinen zahlreichen Mitgliedern, der im Rahmen seiner Arbeit auch seit 14 Jahren an jedem Montag die so ge-

nannte „Teestunde“ für Seniorinnen und Senioren durchführt. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich das Seniorenschwimmen und der Reha-Sport, die vom Kulturverein in Zusammenarbeit mit der Reha-Klinik organisiert werden.

Die relativ kleine Gemeinde verfügt über ein gemeindeeigenes Wohn- und Pflegezentrum mit Alten- und Pflegeheim, Betreutem Wohnen und ambulantem Pflegedienst. Damit wird älteren Menschen ermöglicht, dass sie möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld leben können.

„Chefsache“ des Bürgermeisters

Gerhard Beese, Mitarbeiter der Gemeinde, berichtet:

Der Auszeichnung durch die Sozialministerin ging ein relativ langer Weg voraus. Nachdem am 26. Januar 2017 der Landeswettbewerb ausgeschrieben wurde, beschloss die Gemeindevertretung auf ihrer Sitzung am 13. März die Teilnahme. Bis zum 15. Juni waren die Wettbewerbsunterlagen bei der Lan-

desregierung einzureichen. Auf dieser Grundlage besuchte am 29. August die Landesjury Lohmen, um sich persönlich von der Arbeit mit den Seniorinnen und Senioren zu überzeugen.

Soweit der formale Weg. Dahinter steckt natürlich mehr. Die Seniorenarbeit ist in der Gemeinde seit Jahren ein ständiger Prozess, der von der Gemeindevertretung und besonders von Bürgermeister Bernd Dikau kontinuierlich gelenkt und geleitet wird.

Ob es die wöchentliche Teestunde in der Festscheune ist, die ständig genutzt wird, um die älteren Mitbewohner nicht nur aktuell zu informieren, sondern auch ihre Vorschläge und Anregungen zu erfahren – oder die Arbeit der Familienservice-Agentur, die besonders auch den älteren Bürgerinnen und Bürgern zahlreiche Angebote zur Hilfe im täglichen Leben anbietet. Natürlich gehört auch der jährliche Busausflug mit den Seniorinnen und Senioren in die schönsten Gegenden Norddeutschlands dazu, bei denen der Bürgermeister stets mit im Bus sitzt. Auch die jährliche Seniorenweihnachtsfeier möchte niemand missen, genauso wie den Rehasport des Kulturvereins.

Die Strategie der Gemeindevertretung ist daher klar:

1. Seniorinnen und Senioren gehören zu unserer Zukunft, denn von ihrer Betreuung profitieren die Jüngeren.
2. Die Digitalisierung macht auch vor unseren älteren Mitbewohnern nicht halt. Wir müssen ihnen helfen, mit der Technik effektiv umzugehen.
3. Bei aller kollektiven Verantwortung bleibt die Seniorenarbeit „Chefsache“ des Bürgermeisters.



Die stolzen Preisträger der Gemeinde Lohmen gemeinsam mit der Sozialministerin

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

2. Platz: Gemeinde Ostseebad Wustrow (Landkreis Vorpommern-Rügen)

Diese Gemeinde gehörte bereits zweimal zu den Preisträgern des Wettbewerbs. „Jung und Alt sitzen in einem Boot“ ist ihr Motto. Die Jury konnte sich davon überzeugen, dass dieses Motto gelebt wird. Im wunderschönen Gemeinschaftshaus „De Klabauters“ finden vielfältige Veranstaltungen für Jung und Alt statt. Beeindruckend sind das große ehrenamtliche Engagement vieler Seniorinnen und Senioren sowie die gute Zusammenarbeit von Gemeindevertretung und Senioreninitiativen.

Nicht nur das Lebensumfeld entspricht den Bedürfnissen einer immer älter werdenden Generation, sondern auch die Angebote gehören dazu. Zielgerichtet und konsequent werden Maßnahmen und Projekte umgesetzt, die zum Teil im Ergebnis der Bürgerbefragung im Rahmen des Bundesmodellprojekts „Aktiv im Alter“ initiiert wurden. Dazu gehört beispielsweise das Projekt „Gesund und fit mit DLRG 50 plus“. Die Gemeinde hat sich intensiv mit der Frage „Wie wollen wir morgen leben?“ auseinandergesetzt und ist seither sehr bemüht, zukunftsorientierte Ideen umzusetzen.



Der Seniorenbeirat Wustrow

Vieles wurde in den letzten Jahren erreicht: Abgesenkte Bürgersteige, ein barrierefreier Zugang zur Kirche und drei familienfreundliche Spielplätze sind nur einige Beispiele dafür. Ein Gemeinschaftsblatt von Seniorenbeirat und Gemeinde wurde aufgelegt, und die Senioren-Homepage ist sehr gelungen und stets aktuell.

Projekte der Gemeinde in den Bereichen Sport, Gesundheit und Prävention sind sehr erfolgreich und haben Preise und Siege auf Bundes- und Landesebene erzielt.

Ein gutes Miteinander der Generationen

„Jung und Alt in einem Boot – so möchten die Senioren in ihrer Gemeinde leben“, erläutert Barbara Schneider, die Vorsitzende des Seniorenbeirats. Fast 800 Jahre alt ist der Ort, idyllisch gelegen zwischen Ostsee und Bodden und mit großer maritimer Tradition. Nur etwas mehr als 1100 Einwohner, davon annähernd 50 Prozent älter als 60 Jahre, leben hier. Die Senioren fühlen sich wohl. Da lag es nahe, sich zum dritten Mal am Wettbewerb zu beteiligen. 2010 wurde der zweite Platz erreicht, 2014 sogar der erste und 2017 – wieder zur Freude aller Beteiligten – erneut ein zweiter Platz. Die Idee, sich überhaupt am Wettbewerb zu beteiligen, kamen dem Seniorenbeirat und dem Bürgermeister schon 2009. Damals wurde Wustrow vor allem mit seinem Projekt „Gesund und fit mit DLRG 50 plus“ in das Bundesförderprogramm „Aktiv im Alter“ aufgenommen und erhielt als kleinste teilnehmende Kommune Deutschlands ein Fördergeld von 10.000 Euro. In dieser Zeit wurde auch der Seniorenbeirat gegründet. Weitere Preise folgten: 2014 der Bundes-Bewegungspreis der BAGSO und der Landespräventionspreis MV.

Das Ziel der meisten Senioren ist: So lange es geht, in der eigenen häuslichen Umgebung bleiben und dabei Unterstützung und Hilfe von Nachbarn, Ehrenamtlichen und Pfle-

gediensten bekommen. Wenn ein selbstständiges Wohnen nicht mehr möglich ist, dann wäre auch ein Umzug in eine Senioren-WG in Wustrow oder in ein Pflegeheim im Umkreis von 15 bis 20 Kilometer möglich.

Ob im Seniorenbeirat, in der Volkssolidarität, in den Sportvereinen und in Interessengemeinschaften – überall betätigen sich Senioren, um das gesellschaftliche Leben zu bereichern. Im denkmalgerecht sanierten Kapitänshaus „De Klabauters – Treff für Jung und Alt“ führen die Senioren wöchentlich ihren Mittwochstreff durch; es finden PC- und Smartphone-Kurse, Lesezirkel, Stricknachmittage, Kartenspiele und vieles mehr statt. Hier entstehen auch die Ideen für das vierteljährlich erscheinende „Infoblatt für Wustrower Einwohner und Gäste“ in einer Auflage von 1000 Stück, das die Senioren zunächst in Eigenregie und nun mit Unterstützung des Sozialausschusses erarbeiten und das auch durch die Senioren verteilt wird.

Die Gemeinde und besonders der Bürgermeister erkennen die ehrenamtlichen Leistungen der Senioren auf vielfältige Weise an: So gab es eine Schiffsfahrt für Ehrenamtliche, ein jährliches Dankeschön-Essen für ausgewählte Bürger mit dem Bürgermeister und anerkennenden Worte. Beim Einkaufsmarkt wurde eine Querungshilfe über die viel befahrene L 21 gebaut, Straßen wurden erneuert und mit abgesenkten Bordsteinen versehen, die Kirche hat nun einen rollstuhlgerechten Zugang, Bänke wurden aufgestellt, und es gibt einen Baderollstuhl für Gehbehinderte, um an die Ostsee zu gelangen. Trotzdem bleibt noch einiges zu tun, um vor allem weitere Straßen instand zu setzen und den Strandzugang von einer entstehenden Promenade aus für Menschen mit Handicap zu verbessern. In das Gemeindeleben wollen sich die Senioren und insbesondere der Seniorenbeirat aktiv einbringen.

„Der Seniorenbeirat ist ein zuverlässiger Partner der Gemeindevertretung“,

betont der ehrenamtliche Bürgermeister Daniel Schossow. „Als Bürgermeister schätze ich die Ideen, die Einsatzbereitschaft und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit diesem kommunalen Gremium. Die sechs Mitglieder bereichern mit ihrem Engagement das gute Miteinander der Generationen in unserem schönen Ostseebad Wustrow. Ich wünsche mir, dass das auch in Zukunft so bleibt.“

3. Platz: Gemeinde Warsow (Landkreis Ludwigslust-Parchim)

Auch die Gemeinde unweit von Schwerin gehörte schon zweimal zu den Preisträgern. Die Jury konnte sich bei ihrem Besuch davon überzeugen, dass sich die Gemeinde beständig weiterentwickelt hat und bestrebt ist, die Lebenssituation in ihren Ortsteilen Warsow, Kothendorf und Krumbek weiter zu verbessern.

„Miteinander – füreinander“, diese Aussage steht für die gesamte Gemeindegemeinschaft. Es werden dabei alle Altersgruppen angesprochen und einbezogen. Nicht nur äußerlich ist der Jury aufgefallen, dass sich der Vorstand des Seniorenbeirats stark verjüngt hat. In der Gemeinde gibt es seit drei Jahren eine Seniorenbeauftragte, die als Gemeindevertreterin den intensiven Kontakt zwischen Gemeinde und Beirat gewährleistet.

Das Gemeindehaus in Kothendorf ist eine soziale Begegnungsstätte, die besonders von älteren Menschen gern und vor allem unentgeltlich genutzt wird. Besonderer Beliebtheit erfreuen sich das Gedächtnistraining, der monatliche Frühstückstreff, Spielenachmittage sowie attraktive Unternehmungen und Veranstaltungen. Finanzielle Unterstützung gewährt die Ge-



Die Vertreter aus Warsow bei der Preisverleihung

meinde für Theaterbesuche und einen jährlichen Ganztagsausflug.

Etwas ganz Besonderes ist das bereits im elften Jahr aufgelegte Informationsheft „Unser Gemeindeläufer“, welches von Nachbar zu Nachbar persönlich weitergereicht wird. Auch auf der Internetseite der Gemeinde sind Informationen verfügbar. Die Gestaltung und Pflege dieser Seite liegt ganz in den Händen eines Seniors. Die Kirchengemeinde will innerhalb der Kirchensanierung mit Unterstützung der Gemeinde eine Begegnungsstätte im Ortsteil Warsow schaffen. Auch der Bau eines Insekten- und eines Hummelhotels gemeinsam mit den Kindern des Kinder- und Jugendtreffs Warsow ist beabsichtigt.

Ein gegenseitiges Geben und Nehmen

Bereits zweimal gehörte die kleine Gemeinde Warsow mit ihren Ortsteilen Kothendorf, Krumbek und Sudenmühle zu den Preisträgern des Wettbewerbs. Ein Beweis dafür, dass die Seni-

orenarbeit hier einen großen Stellenwert hat und dass das erreichte Niveau gehalten und ausgebaut werden konnte. Der eng geschnittene Haushalt lässt dabei keinen großen Spielraum zu. Wie würde die Wettbewerbsjury dieses Mal entscheiden? Bei einem Besuch vor Ort konnte sie sich während einer Gesprächsrunde mit der Bürgermeisterin, mit Vertretern des Seniorenbeirats und der Seniorenbeauftragten der Gemeindevertretung von der regen Arbeit mit Älteren überzeugen.

In Warsow ist die Seniorenarbeit geprägt von einem gegenseitigen Geben und Nehmen. Die Gemeinde stellt z. B. kostenlos Räumlichkeiten zur Verfügung, hilft bei Transportproblemen, organisiert Ausflüge und anderes. Der Seniorenbeirat bereitet Veranstaltungen vor sowie die unterschiedlichsten Unternehmungen. Verbindung zwischen der Gemeindevertretung und dem Seniorenbeirat hält die von der Gemeindevertretung gewählte Seniorenbeauftragte. Für das 2017/18 vorgesehene Projekt der Seniorinnen und Senioren, die Errichtung eines Insektenhotels und die Anlage einer Bienenwiese, stellte die Gemeinde das Material und eine Fläche zur Verfügung. Inzwischen ist das Hotel zu mehr als 90 Prozent ausgebucht.

Gespannt wartete die kleine Warsower Delegation bei der Festveranstaltung auf die Wertung. Würde es wieder reichen? Eigentlich ist man sich in der Gemeinde einig: Wir machen doch nichts Besonderes. Es ist doch selbstverständlich, dass wir uns das Leben in unseren Orten so gestalten, dass wir hier gern leben und auch alt werden möchten. Groß war dann die Freude über einen erreichten dritten Platz.

Renate Lambrecht und Gisela Buller

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allen zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Eine Zensur findet nicht statt.

Gute Erfahrungen mit dem „Kummerkasten“

Die Arbeitsberatung des LSB fand diesmal in der Region Vorpommern-Greifswald statt



Fotos: Hoff-Media



Mehrmals im Jahr hält der Vorstand des Landesseniorenbeirats seine Arbeitsberatungen in den Kommunen des Landes ab und achtet darauf, dass auch der Erfahrungsaustausch mit den örtlichen Seniorenbeiräten nicht zu kurz kommt. Besonders deutlich wurde das beim Treffen im Juli in der Region Vorpommern-Greifswald, bei dem es um Pflege und Arbeit kommunaler Seniorenbeiräte ging. Eingelesen nach Ferdinandshof waren die Beiräte aus Strasburg, Torgelow und Ueckermünde. Um die Arbeit „vor Ort“ kennenzulernen, bot die dortige neue stationäre Pflegeeinrichtung „Haus der Zufriedenheit“ einen authentischen Rahmen. Träger ist die Volkssolidarität Uecker – Randow e. V.

Geschäftsführerin Heike Nitzke, Jeffrey Latza sowie die Pflegedienstleiterinnen Katrin von Malleck und Stefanie Päßgen stellten umfassend Konzept und Praxis des Hauses vor und informierten über die praktische Umsetzung der Gesetzgebung in der Pflege. Die kommunalen Seniorenbeiräte berichteten über ihre spezifische Tätigkeit in der Kommune, besonders über die Zusammenarbeit mit der Verwaltung und den Bürgermeistern. In Ueckermünde beispielsweise gibt es bei der Stadt einen Seniorenbeauftragten, im Rathaus in Strasburg macht man sehr gute Erfahrungen mit dem „Kummerkasten“ – der Bürgermeister betont hier, dass die Senioren „ruhiger“ geworden sind, seit sie

den Seniorenbeirat als Ansprechpartner und Vermittler haben –, in Torgelow will der Sozialbeirat der Stadt künftig intensiver mit dem Seniorenbeirat zusammenarbeiten. Über das 10. Altenparlament und die dort gefassten Beschlüsse gab LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich einen Überblick, und als eines der wichtigsten Ergebnisse der Beratung sei vermerkt, dass es zum Thema Seniorenbeiräte und Zusammenarbeit mit der Verwaltung bzw. den Bürgermeistern einen Termin mit dem Städte- und Gemeindetag geben soll.

Auf dem sich anschließenden Rundgang durch das „Haus der Zufriedenheit“ berichteten Stefanie Päßgen und Katrin von Malleck: „Die ersten, aufregenden Monate liegen nun schon hinter uns. In dieser Zeit ist es uns gelungen, ein neues Zuhause für unsere inzwischen 42 Bewohner zu schaffen. Veranstaltungen, wie unsere Weihnachtsfeier, Frauentags- und Herrentags-Runden, Sommerfest oder auch ein spontaner Auftritt des Ferdinandshofer Männerchors trugen dazu bei, dass unsere neuen Bewohner sich recht gut eingelebt haben.“

Das Haus bietet Platz für insgesamt 46 Bewohner in drei Wohnbereichen. Sie leben überwiegend in Einzelzimmern, jeweils mit Bad sowie Fernsehgerät, Telefonanschluss, und auch das Internet ist inzwischen eine Selbstverständlichkeit. Moderne, wohnlich eingerichtete Aufenthaltsräume und

Pflegebäder komplettieren das Angebot. „Unser großer schöner Innenhof lädt zum Verweilen ein. Die Terrasse wurde mit bequemen Sitzgarnituren und Sonnenschutz ausgestattet, so dass unsere Bewohner, aber auch die Gäste des Hauses das schöne Wetter genießen können.“

Einmalig in M-V ist der Palliativbereich. Hier wurde für bis zu sechs Schwerkranke jeden Alters ein Ort der Ruhe und Geborgenheit geschaffen. Eine noch engmaschigere Betreuung und Versorgung sowie die Möglichkeit, Angehörige oder Freunde stets bei sich zu haben, soll diesen Bewohnern bei der Bewältigung ihres letzten Lebensabschnitts helfen. Die Besucher können auch direkt in den Zimmern der Bewohner übernachten oder auch einen extra zur Verfügung stehenden separaten Raum nutzen.

„Ein kompetentes, engagiertes und multiprofessionelles Team pflegt und versorgt die Bewohner sehr liebevoll. Reaktionen von Angehörigen zeigen uns dies immer wieder. Auch die Prüfung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen spiegelte die hervorragende Leistung mit einem sehr guten Prüfergebnis wider. Interessierte Besucher sind jederzeit herzlich willkommen, um sich selbst ein Bild über unsere Einrichtung zu machen.“ Kontaktdaten: „Haus der Zufriedenheit“, Telefon: 039778 / 2878 – 0, E-Mail: pflegeheim-ferdinandshof@volkssolidarietaet.de

Fahrverhalten besonders im Blick

Landesseniorenbeirat ist geachtetes Mitglied in der Verkehrssicherheitskommission

Der Landesseniorenbeirat ist Mitglied der Verkehrssicherheitskommission MV und nimmt aktiv an den Beratungen unter der Leitung des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung teil. Grundlage ist das Konzept der Landesregierung zur Verkehrssicherheitsarbeit 2017 bis 2019 in unserem Bundesland. Der LSB achtet bei der Umsetzung des Konzepts besonders auf das Handlungsfeld „Ältere Menschen im Straßenverkehr“. Den Schutz besonders gefährdeter Verkehrsteilnehmer gilt es vorrangig zu verbessern.

Den Schwerpunkt der älteren Menschen im Straßenverkehr thematisieren wir u. a. in der Weise, indem wir unsere Mitglieder mit den Gefahren theoretisch und praktisch vertraut machen. In der zweitägigen Weiterbildung vor einiger Zeit in Güstrow hat die Landesverkehrswacht dazu referiert. Die kommunalen Seniorenbeiräte setzen dieses Wissen vor Ort in die Praxis um. In den regionalen Seniorenbeiräten wird Einfluss auf die Gestaltung der Verkehrswege, der Bushaltestellen und die Linienfüh-

rung des Öffentlichen Personenverkehrs genommen. Großen Zuspruch finden gemeinsame Workshops mit dem ÖPNV und der Polizei zum Umgang mit dem Rollator.

Noch nicht zufriedenstellend ist die Einflussnahme auf das Fahrverhalten, das sich mit zunehmendem Alter verändert, etwa wenn Seh- und Hörfähigkeit nachlassen. Hier muss noch viel Aufklärungsarbeit erfolgen.

*Jürgen Lorenz
Vorstandsmitglied des LSB*

Wortmeldung:

Wenn Vater und Mutter alt werden

Eltern und ihre erwachsenen Kinder sollten sich frühzeitig Gedanken machen über den Lebensabend der Eltern. Je älter diese werden, desto kürzer und auch belangloser kommen vielen Kindern oft die Gespräche mit ihnen vor. Sie haben sich nicht mehr viel zu sagen. Wirklich wichtige Fragen und Probleme bleiben meistens außen vor.

Alt werden immer nur die Anderen? Schön wäre es. Plötzlich stellen die Kinder fest, dass die eigenen Eltern alt geworden sind. Das Altwerden der Eltern führt den Kindern die Endlichkeit vor Augen. Der Traum der Kinder, „Alles so wie immer“, geht nicht mehr. Die Eltern werden gebrechlich, leiden an chronischen Krankheiten und sind im Alltag auf Hilfe angewiesen. Gleichzeitig läuft die verbleibende Lebenszeit ab.

Es wird höchste Zeit, sich nach einem passenden Pflegeheim umzusehen. Daher ist es wichtig, darüber frühzeitig miteinander ins Gespräch zu kommen. Wer in ein Pflegeheim zieht, möchte nicht nur gut versorgt werden, sondern sich auch wohl fühlen. Bei der Auswahl der Einrichtung sollten mehrere Faktoren beachtet wer-

den. Wenn die Kinder wissen, was den Eltern bei der Unterbringung wichtig ist, werden sie es leichter haben, das passende Heim zu finden. Vielleicht erstellt man sogar eine Checkliste? Ganz oben steht natürlich der monatliche Eigenanteil. Und der kann zwischen 1100 und bis über 2000 Euro liegen.

Wichtig ist immer die Frage, ob man eigene Möbel mitbringen könne. Welche Freizeitangebote und Gemeinschaftsveranstaltungen gibt es? Wird das Essen im Hause frisch gekocht? Wie ist die ärztliche Versorgung geregelt? Wer ein Haustier hat, sollte abklären, ob er es mitnehmen darf.

Unabhängige Pflegeberatungsstellen informieren, welche Heime es in der Nähe gibt. Den Mangel an Pflegekräften wird einem niemand verraten. Deshalb ist es wichtig, sich möglichst viele Heime anzusehen und miteinander zu vergleichen. Der Umgangston und die Atmosphäre in der Einrichtung sind wichtig. Werden die Bewohner respektiert und deren Bedürfnisse ernst genommen? Wirkt die Einrichtung wie ein Krankenhaus, wie ein Wohnhaus oder wie ein Hotel? Die

Barrierefreiheit sollte überall gegeben sein. In vielen Einrichtungen gibt es Kooperationen mit Physiotherapeuten, Fußpflegern und Friseuren. Wer noch mobil ist, für den ist die Lage des Heimes wichtig: Sind Arzt, Apotheke und Geschäfte zu Fuß erreichbar? Wie ist die Anbindung an den Nahverkehr? Diese Aufzählung könnte man unendlich fortsetzen. Es lohnt sich also, frühzeitig mit den Kindern ins Gespräch zu kommen, wie ein guter Lebensabend gestaltet werden kann und wie man sich darauf vorbereitet. Ich zähle dazu auch das Sprechen über Tod und Sterben und wie man sich seinen Abschied vorstellt. Papiere, wie Testament, Versorgungsvollmachten und Patientenverfügung, sollten ebenfalls geordnet sein.

Empfehlenswert ist nicht zuletzt, dafür zu sorgen, dass Kinder, Freunde und Bekannte in der Nähe leben. Denn schließlich freut sich jede und jeder, wenn sie oder er Besuch bekommt. All dies kann ein erster Schritt sein, um Lösungen für die Zukunft zu entwickeln.

Siegfried Schwinn

Viele ältere Menschen sind fit und erfahren

Sozialministerin in Kühlungsborn: Angebote und Aktionen des Landes

Mecklenburg-Vorpommern hat im Bundesdurchschnitt eine der höchsten Altersstrukturen. Jede vierte Einwohnerin bzw. jeder vierte Einwohner im Land ist heute bereits älter als 60 Jahre. Diese Entwicklung bietet nach Ansicht von Sozialministerin Stefanie Drese aber auch Chancen. „Wir müssen die Potenziale des Alters und das verfügbare Zeitbudget noch stärker erkennen und nutzen für ein Engagement in der Gesellschaft, im Ehrenamt, in der Nachbarschaft oder auch in der Politik“, betonte sie bei den 22. Seniorentagen in Kühlungsborn.

Die Zahl der Älteren, die nicht mehr erwerbstätig sind, nimmt auch künftig weiter zu – sie sind die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe. Bis 2030 werde sich der Anteil der über 65-Jährigen in M-V auf etwa 36 Prozent erhöhen. „Nicht mehr erwerbstätig zu sein, bedeutet aber keinesfalls, nicht mehr aktiv und engagiert zu sein“, sagte die Ministerin. „Viele ältere Menschen sind fit, bringen ein enormes Erfahrungsges-



Foto: © Sozialministerium

Ministerin Drese inmitten des Publikums beim 22. Seniorentag in Kühlungsborn

wissen mit und haben Zeitkapazitäten, die sie gern für andere Menschen oder durch gesellschaftliche Aktivitäten zur Verfügung stellen möchten. Heute sind ältere Menschen optimistisch, aktiv und motiviert. Gleichzeitig kennen aber etwa elf Prozent der 65- bis 85-Jährigen bereits aus eigener Erfahrung die Situation, auf Hilfe und Pflege durch andere angewiesen zu sein. Ziel einer guten Seniorenpo-

litik muss es sein, für beide Gruppen Angebote zu schaffen und Lösungen in Form von seniorenpolitischen Gesamtkonzepten anzubieten.“

Auf Landesebene hob Ministerin Drese das Seniorenmitwirkungsgesetz hervor, das die Initiativ-, Anhörungs- und Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren ebenso nachhaltig stärkte wie die Weiterbildung älterer Menschen als Seniortrainerinnen und -trainer. ■

MV war Mitorganisator

Antrag zur Rentengerechtigkeit für in der DDR geschiedene Frauen mehrheitlich angenommen

Die Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister der Länder haben auf ihrer Konferenz in Bremerhaven den Antrag „Rentengerechtigkeit für in der DDR geschiedene Frauen herstellen“ mehrheitlich angenommen. Er ist inzwischen an die Bundesregierung weitergeleitet worden. „Wir haben einen wichtigen Schritt zur überfälligen Beseitigung dieser Rentenbenachteiligung gemacht. Über die große Unterstützung dieses ostdeutschen Anliegens freue mich sehr“, betonte Gleichstellungsmi-

ministerin Stefanie Drese. MV war Mitinitiator des Antrags. Die besondere Situation der in der DDR geschiedenen Frauen ist dadurch gekennzeichnet, dass das Recht der DDR

– übereinstimmend mit dem sozialistischen Rollenbild der werktätigen Frau und Mutter – regelmäßig weder einen Unterhaltsanspruch und damit im Falle des Todes des früheren Ehegatten eine Rente als Unterhaltersatz noch einen Versorgungsausgleich kannte. Deren Rente stammte vielmehr aus jahrelanger Arbeit und zusätzlichen Anwartschaften auch für jahrelange familiäre Kindererziehungs-, Betreuungs- oder Pflegezeiten. Da gemäß Einigungsvertrag vom 31. August 1990 Ansprüche nach ostdeutschem Recht Bestandsschutz hatten, wurde danach der Rentenanspruch errechnet.

Mit dem Rentenüberleitungsgesetz prägte der Gesetzgeber das Renten-

gesetz im Vereinigungsprozess mehrheitlich mit dem Maßstab und der Vorstellung, die das westliche Modell auf die neuen Bürgerinnen aus dem Osten übertrugen. Die familiäre Pflegearbeit spielte im Rentenrecht in Westdeutschland keine Rolle. Die wesentlichen Bestandteile, die Ostdeutsche Frauen vor einem Absacken ihrer Rente bewahrt hatten, wurden für diese nun im Einigungsvertrag und dem RÜG gestrichen. Es gab auch keine Entsprechung zur DDR-Maßnahme für eine symbolische monatlich drei Ostdeutsche Mark kostende AntiRentenabsenkungsversicherung für die Perioden mit weniger oder ohne Einkommen. Die Differenz zwischen nach DDR-Rentenrecht erwor-

benem Rentenanspruch und dem nach Bundesrecht niedrigeren Rentenanspruch wurde durch einen Auffüllbetrag finanziert. Dieser Auffüllbetrag wurde dann mit folgenden Rentenerhöhungen abgeschmolzen, ohne einen entsprechenden Ausgleich vorzunehmen. Folglich verfügen diese Frauen in der Regel über nur geringe Alterseinkünfte.

Die Geschiedenenwitwenrente wurde im Zuge der Rentenüberleitung abgeschlossen, der Versorgungsausgleich im Beitrittsgebiet erst für Scheidungen ab 1992 eingeführt.

Die DDR-geschiedenen Frauen erleben ihre Lage als geschlechtsspezifische Diskriminierung, vor allem auch, weil die DDR-geschiedenen Männer aufgrund



Die Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister der Länder in Bremerhaven

des Rückwirkungsverbots beim Versorgungsausgleich keine Einbußen bei der Rente hinnehmen müssen. Von ur-

sprünglich 800.000 betroffenen Frauen leben gegenwärtig noch 300.000 Anspruchsberechtigte im hohen Alter. ■

Rentenpaket gegen Altersarmut

Stefanie Drese hebt hervor: Deutliche Verbesserungen für Menschen in MV

Sozialministerin Stefanie Drese begrüßt die von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgestellten Pläne für eine Rentenreform. „Von den beabsichtigten Verbesserungen bei Erwerbsminderungsrenten und der Entlastung von Geringverdienern bei den Sozialbeiträgen können überdurchschnittlich viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern profitieren“, verdeutlicht sie. Die Ministerin bewertet auch die

vorgesehene Stabilisierung des Rentenniveaus und des Beitragssatzes bis 2025 als großen Fortschritt. Dadurch werde das Absinken des Rentenniveaus gestoppt, ohne die Jüngeren durch zu hohe Beiträge zu belasten. „Das ist wichtig auch im Sinne der Generationengerechtigkeit.“

Das Rentenpaket ist nach Ansicht der Ministerin auch im Kampf gegen Altersarmut ein Schritt in die richtige Rich-

tung. „Dabei müssen aber auch die besonderen Bedingungen der Menschen im Osten berücksichtigt werden, da hier Viele geringere Rentenansprüche erworben haben durch unterbrochene Erwerbsbiografien und niedrigere Löhne in strukturschwachen Regionen.“

Drese spricht sich deshalb für die Einführung einer Solidarrente aus. „Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, muss im Alter mehr haben als Grundsicherung.“ ■

Entlastungsgeld wird zu wenig genutzt

Ministerin Drese rät, die Ansprüche ohne Hemmung zu nutzen

Mit dem neuen Pflegestärkungsgesetz II haben Pflegebedürftige, bei denen die Pflege im häuslichen Bereich erfolgt, seit dem 1. Januar 2017 einen Anspruch auf einen Entlastungsbeitrag in Höhe von monatlich 125 Euro. Doch rund 70 Prozent der Pflegebedürftigen nutzen dieses Angebot nicht, wie eine aktuelle Studie des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) aufzeigt. Sozialministerin Stefanie Drese wirbt deshalb für eine bessere Bewerbung des Entlastungsbeitrags durch Behörden und Pflegekassen und rät pflegenden Angehörigen drin-

gend, die Ansprüche für Betroffene geltend zu machen. „Ich kenne viele Menschen, die oft über Jahre hinweg ihre Eltern, Partner oder nahen Verwandten bis zur Grenze der Belastbarkeit pflegen, ihnen Wärme und Geborgenheit geben, denn die Pflegebedürftigen wollen möglichst lange in ihrer eigenen häuslichen Umgebung bleiben“, sagt sie. „Das Entlastungsgeld ist eine wertvolle Chance, weitere Zuschüsse für die Pflege zu erhalten. Das können u. a. die Erstattung von Kosten eines ambulanten Pflegedienstes oder anerkannte Angebote zur

Unterstützung und Betreuung im Alltag sein.“ Auf den Entlastungsbetrag haben alle Pflegebedürftigen in den Pflegegraden 1 bis 5 einen Anspruch, bei denen die Pflege im häuslichen Bereich erfolgt. Pflegebedürftige im Pflegegrad 1 können den Entlastungsbetrag auch für Leistungen der ambulanten Pflegedienste im Bereich der Selbstversorgung verwenden. Der Antrag kann formlos an die Pflegekassen gesendet werden. Auch die 15 Pflegestützpunkte in M-V beraten kostenlos, unabhängig und trägerübergreifend. ■

Engagement lebt wieder auf

Die Landesarmutskonferenz Mecklenburg-Vorpommern hat sich neu aufgestellt

Nach längerer Pause fand wieder ein Netzwerktreffen von Personen und Institutionen statt, die Armutsfragen als wichtige Themen verfolgen. In Neubrandenburg warfen die Teilnehmenden der Landesregierung weitgehende Ignoranz von Armutsthemen vor und kündigten an, das Engagement der Landesarmutskonferenz aufleben zu lassen, damit die Situation armer Menschen wieder zum Gegenstand sozialpolitischen Entscheidens und Handelns werde. Neuer Sprecher der Konferenz ist Prof. Ulf Groth, Leiter des Instituts für Weiterbildung an der Hochschule Neubrandenburg.

Altersarmut und Elternarmut werden, unter Auswertung anerkannter Studien auf das Land bezogen, im Netzwerk mit Anderen öffentlich diskutiert. Darüber hinaus strebt man Gespräche in politischen Gremien und mit der Landesregierung an. Prof. Ulf Groth machte auf umfangreiches Datenmaterial im Hinblick auf die drohende Altersarmut



Netzwerktreffen der Landesarmutskonferenz – v.l.n.r.: Dr. Christiane David, Prof. Ulf Groth, Ines Jammer-Lühr, Hartmut Storrer, Katja Rosendahl (Volkssolidarität), Christian Wolkenstein (Arbeiterwohlfahrt), Anja Schießler (Selbsthilfe), Kai-Uwe Glause (Mieterbund), Jörg Brudzinski (Arbeitslosenverband) und Bernd Rosenheinrich (Landesseniorenbeirat)

im Land aufmerksam. Auch das Thema Kinderarmut sei in der Versenkung verschwunden.

Die Armutskonferenz MV besteht seit den 1990er-Jahren und ist mit denen in den anderen Bundesländern zusam-

mengeschlossen in der Nationalen Armutskonferenz. Bereits in der Vergangenheit hat sie sich immer wieder zu armutspolitischen Fragestellungen geäußert.

Gesund älter werden in ländlichen Regionen

Fachveranstaltung am 14. November 2018 in Güstrow

Die Anforderungen an einen gesunden und altersfreundlichen Lebensraum sind vielfältig. Mit zunehmenden Alter wirken sich u. a. die Erreichbarkeit von Angeboten der Daseinsvorsorge, greifbare Unterstützungssysteme bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit, tragfähige Infrastrukturen sowie alternative Wohnformen positiv auf das Wohlbefinden aus. Zudem fördert die gesellschaftliche Einbindung durch Teilhabechancen und bürgerschaftliches Engagement die Lebensqualität der älteren Bevölkerung. Kommunen, d. h. Landkreise, Städte,



Gemeinden und Dörfer, nehmen eine Schlüsselrolle bei der gesundheitsförderlichen und altersgerechten Gestaltung von Lebensräumen ein und können somit maßgeblich auf die Rahmenbedingungen für ein möglichst langes und selbstbestimmtes Leben einwirken. Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern e. V. und der Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e. V. laden am 14. November 2018 zu einer Fachveranstaltung nach Güstrow ein, die sich dem gesunden Altern in ländlichen Regionen widmet.

Auf der Fachveranstaltung werden verschiedene Ansätze aus Theorie und Praxis präsentiert, die ein gesundes Altern in ländlichen Regionen unterstützen. Die Vernetzung auf kommunaler Ebene wird dabei als zentrales Element hervorgehoben, um in gemeinsamer Verantwortung lebendige und gesunde Orte für ältere Menschen zu gestalten. Die Fachveranstaltung richtet sich an Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Politik und Verwaltung, an haupt- und ehrenamtliche Akteure aus unterschiedlichen Bereichen des Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesens (z. B. Medizin und Versorgung, Beratung und Pflege, Gesundheitsförderung und Prävention, Stadt- und

Regionalentwicklung, Leben und Wohnen, Mobilität und Verkehr, Seniorenarbeit und bürgerschaftliches Engagement) sowie an interessierte Bürgerinnen und Bürger.

Nähere Informationen zum Programm gibt es in Kürze auf den Internetseiten der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Mecklenburg-Vorpommern e. V. (www.lvg-mv.de) und des

Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern e. V. (www.landessenioerenbeirat-mv.de).

Judith Veit

Digitalisierung steht im Mittelpunkt

Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft – Kritik an elektronischer Gesundheitskarte

Rund 700 Branchenexperten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, darunter Gäste aus der Schweiz, aus Finnland, Südkorea, Dänemark und Estland, nahmen an der diesjährigen, nun schon 14. Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft in Rosstock-Warnemünde teil. Unter dem Titel „#Gesundheit 2018 – Schöne neue Welt?“ vertiefte sie das Thema der vorjährigen Konferenz, die unter dem Thema „Mensch und Markt in der digitalen GesundheitsWelt“ schon wichtige Akzente auf diesem Gebiet gesetzt hatte (siehe Seniorenkurier Nr. 3/2017). Die Zeichen „#“ am Anfang sowie „?“ am Ende des Titels verrieten bereits viel über den derzeitigen Stand der Digitalisierung in der Gesundheitswirtschaft (einschließlich Gesundheitswesen), über hierbei geknüpfte Erwartungen sowie über noch offene Fragen.

Das „#“ zeigt, dass die Teilnehmer der Konferenz während ihrer Beratung zu den einzelnen Beiträgen schon fleißig twittern konnten. Das „?“ machte aber auch deutlich, dass es hier noch viele offene Fragen gibt.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig unterstrich in ihrer Eröffnung die Bedeutung der Digitalisierung für die Gesundheitsbranche: „Wir mussten in MV in der Gesundheitsversorgung und -wirtschaft auf Grund der schwierigen demografischen Entwicklung schon früher als andere neue Wege gehen“, sagte sie. Die Schlüsselfrage für die zukünftige Gesundheitsversorgung sei: Wie können wir unser Gesundheitssystem so organisieren, dass auch die Menschen in den dünn

besiedelten ländlichen Regionen in Zukunft bestmöglich versorgt sind?

Die Regierungschefin verwies in diesem Zusammenhang auf Gesundheitsschwester AGnES oder den Telenotarzt, „den wir jetzt mit der Digitalen Agenda ausweiten wollen. Diese Ansätze wollen wir weiterentwickeln, etwa mit dem Ausbau der sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung. In Zukunft werden es immer mehr solch digital basierte Leistungen sein, die die Versorgung in der Fläche prägen.“

Der jetzige Präsident der Konferenz, Prof. Marek Zygmunt, äußerte sich in einem Interview mit der Ostsee-Zeitung zur elektronischen Gesundheitskarte sehr kritisch: „Was 2004 als ein Leuchtturmprojekt von der Bundesregierung angekündigt wurde, ist nach 14 Jahren und fast zwei Milliarden Euro Investitionen ein besserer Versicherungsnachweis mit Foto geworden. Es gibt mehrere Probleme in der Umsetzung des Projektes. Sie sind meiner Meinung nach in der Vielzahl der unterschiedlichen Interessengruppen und fehlendem sektorenübergreifendem Denken zu suchen. Aber auch die Trägergesellschaft des Projektes und die beteiligte Industrie haben daran ihren Beitrag. Eigentlich war vorgesehen, dass zum 1. Juli 2018 alle Praxen in Deutschland über das elektronische Gesundheitsnetz, das Versichertenstammdatenmanagement, verbunden sind. Nun wird der Termin weitere Monate verschoben. Ob die Anbindung der großen Krankenhäuser so wie vorgesehen klappt, bleibt abzuwarten. Die Natio-

nale Branchenkonferenz steht seit ihrer Gründung für den sektorenübergreifenden Dialog und Austausch. Sie fordert von den Verantwortlichen im Bund eine pragmatische eHealth-Strategie, gegebenenfalls sogar den Neustart der Digitalisierung im Gesundheitssektor.“

Der Konferenzdirektor verwies trotz der beschriebenen Probleme, die ganz Deutschland betreffen und nur durch nationale Lösungen behoben werden können, auf einige gute Lösungen in unserem Bundesland. Dazu gehören viel beachtete telemedizinische Anwendungen, Zweitmeinungskonzepte und Videokonferenzen, aber auch unterstützende AAL-Systeme (Ambient Assisted Living), die unter Federführung der Arbeitsgruppen des Kuratoriums für Gesundheitswirtschaft entwickelt wurden.

Wirtschaft- und Gesundheitsminister Harry Glawe hob hervor: „Jeder fünfte Erwerbstätige (20 Prozent) arbeitet in der Gesundheitsbranche – damit ist Mecklenburg-Vorpommern Spitzenreiter in Deutschland.“

Partnerland der Branchenkonferenz war diesmal die Schweiz. Die dortige Ypsomed-Gruppe baut gegenwärtig im Industriepark Schwerin einen weiteren Standort mit wachsenden Produktionskapazitäten für Pens, Autinjektoren und Pumpensysteme auf. In der ersten Jahreshälfte 2019 soll die Produktion mit zunächst 119 neuen Arbeitsplätzen aufgenommen werden. Minister Glawe ernannte den Vorstandsvorsitzenden der Schwei-

Fortsetzung auf Seite 20

Fortsetzung von Seite 19

zer Ypsomed-Gruppe, Simon Michel, zum neuen Wirtschaftsbotschafter für MV. Inzwischen sind über 60 Persönlichkeiten als Botschafter für die

Wirtschaftsansiedlung in unserem Bundesland tätig und, wie man für die Branche Gesundheitswirtschaft erkennt, auch erfolgreich. Zu wünschen ist, dass die Digitalisierung im Gesundheitswesen nach-

zieht, die auch zu einer besseren gesundheitlichen Versorgung beitragen kann. Das Thema wird also auf noch weiteren Branchenkonferenzen präsent sein.

Brigitte Paetow

Mut und Konsequenz im Alltag

Preisträger des Johannes-Stelling-Preises 2018: Teshome Toaspern aus Ludwigslust

Seit 2006 vergibt die SPD-Landtagsfraktion jährlich den mit 2.000 Euro dotierten Johannes-Stelling-Preis und erinnert damit an den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des Freistaates Mecklenburg-Schwerin von 1921 bis 1924, der aufgrund seiner unbeugsamen Haltung gegen die nationalsozialistische Diktatur in der Nacht vom 21. zum 22. Juni 1933 mit anderen aufrechten Demokraten in Berlin von den Nazis ermordet wurde. Der Preis geht an eine Person oder Initiative, die gegen rechtsextremistische, fremdenfeindliche, antisemitistische, rassistische und / oder in anderer Weise diskriminierende Tendenzen eingetreten ist; einen Beitrag zur Bekämpfung struktureller oder direkter Gewalt gegenüber benachteiligten und / oder diskriminierten Menschen oder Gruppen geleistet hat; Zivilcourage und bürgerschaftliches Engagement gezeigt hat zugunsten von sozial benachteiligten, diskriminierten und / oder unterdrückten Menschen oder Gruppen; sowie demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien gegen totalitäre Bestrebungen verteidigt hat. Dabei geht es der SPD-Fraktion bei einem Preisträger weniger um prominente Personen, sondern vielmehr um Menschen oder Initiativen, die sich im Alltag mit Mut und Konsequenz insbesondere gegen rechtsextremistische Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung einsetzen.“

Die Laudatio für den diesjährigen Preisträger Teshome Toaspern hielt Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Er stammt aus Äthiopien, lebt seit 30 Jah-



v. l. n. r. Fraktionsvorsitzender Thomas Krüger, Georg Richter (Rostocker FC), Richard Yoneoka (amerikanischer Generalkonsul), Kristin Lopens, Uta Ciupka, Teshome Toaspern, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

ren in Deutschland und besitzt inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft. Als Mitglied des Integrationsbeirats des Landkreises Ludwigslust-Parchim und des Integrationsbeirats in Ludwigslust kümmert er sich seit vielen Jahren ehrenamtlich mit großem persönlichen Engagement um Flüchtlinge und Asylbewerber.

Einen Ehrenpreis erhielt der Rostocker FC von 1895 e. V., der sich seit Jahren gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und für Integration einsetzt. Wöchentlich werden Trainingseinheiten mit Bewohnern verschiedener Einrichtungen der Caritas organisiert. Eltern und Vereinsmitglieder sammeln Sachspenden in Form von Sportartikeln für die Trainingsbekleidung. Inklusionsturniere des Vereins gehören zum festen Bestandteil der Tätigkeit. Der Verein kümmert sich

gleichermaßen um Menschen mit Behinderungen wie um Geflüchtete und setzt damit ein Zeichen für Toleranz und gegen Ausgrenzung. In seiner Laudatio hob LSB-Vorsitzender Bernd Rosenheinrich hervor, dass der Rostocker FC im Sinne des Ehrenkodex des Landessportbunds handelt, der sich ausdrücklich zu Toleranz, Weltoffenheit und Demokratie bekennt und sich gegen jede Form von Extremismus, insbesondere den Rechtsextremismus und fremdenfeindliche Gewalt, wendet.

Einen weiteren Ehrenpreis erhielten Kirstin Lopens und Uta Ciupka, zwei Lehrerinnen am Gymnasium Sanitz, die seit Jahren gemeinsam mit Schülern die Veranstaltungen „Schule ohne Rassismus“ und „Demokratie in der Praxis“ organisieren.



Spezielle Bürgerforen gingen zu Ende

Ehrenamtskarte: Wirtschaft ist bei ihrer Einführung ein wichtiger Partner

Die Einführung einer landesweiten Ehrenamtskarte stand im Mittelpunkt von vier Bürgerforen, deren letzte in Bad Doberan stattfand. Voraufgegangen war eine Zusammenkunft in Schwerin, bei der Sozialministerin Stefanie Drese hervorhob: „Ich möchte im direkten Dialog mit bürgerschaftlich Engagierten und Vertretern von Vereinen und Verbänden die Leitlinien hierfür diskutieren.“ Mit den bisherigen Erkenntnissen zeigte sie sich zufrieden: „Wir können viele Ideen aufnehmen.“

Mit der breiten Bürgerbeteiligung schaffen wir die Voraussetzungen für eine attraktive und akzeptierte Ehrenamtskarte.“ Ein Konzept der Landesregierung soll im Oktober an den Landtag überwiesen werden.

In Schwerin begrüßten neben der Ministerin Oberbürgermeister Dr. Rico Badenschier, der Präsident der ortsansässigen Industrie- und Handelskammer, Hans Thon, sowie die Kuratoriumsvorsitzende der Ehrenamtsstiftung MV, Dr. Rosemarie Wilcken, die Gäste der

Veranstaltung. „Ich freue mich sehr darüber, dass wir hier uns auch mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wirtschaft über Möglichkeiten der Würdigung ehrenamtlicher Arbeit austauschen können. Unternehmen sind wichtige Partner bei der Einführung der landesweiten Ehrenamtskarte. Wir setzen auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Land, Kreisen und Gemeinden und eine hohe Beteiligung privater wirtschaftlicher Kooperationspartner“, sagte die Ministerin. ■

Zwischen Realismus und Populismus

Tagung in Schwerin: Medien müssen sich durch höhere Qualität beweisen

Im neuen Plenarsaal des Landtags im Schweriner Schloss diskutierten Politiker und Medienvertreter über die Herausforderungen, denen sich Politik und Medien im 21. Jahrhundert stellen müssen. Eingeladen hatte die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern. 110 Interessierte verfolgten die zweistündige Veranstaltung.

Marleen Janew, Vorsitzende des Medienausschusses MV, betonte: „Die Medienanstalt ist gut auf dem Feld der Medienbildung unterwegs. Mit den Offenen Kanälen betreibt sie seit Jahren Medienkompetenz-Zentren im Land. Auch die Arbeit im landesweiten Netzwerk des Medienaktivs funktioniert gut. Doch leider gibt es zu wenig politische Unterstützung.“ Staatssekretärin Ina-Maria Ulbrich aus dem Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung wies auf die im Mai 2018 beschlossene „Digitale Agenda für Mecklenburg-Vorpommern“ hin: „Der Anschluss an die digitale Welt ist Teil der Daseinsvorsorge. Die tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzungen durch die Digitalisierung stellen uns nicht nur vor technische, sondern vor allem bildungspolitische Herausforderungen.“



110 Interessierte verfolgten die zweistündige Tagung im neuen Plenarsaal des Landtags. Foto: Martina Kerle

Im Hauptvortrag machte der Direktor der Medienanstalt, Bert Lingnau, auf die Veränderungen in Sprache, Medien, Wirtschaft und Politik aufmerksam, die durch die Digitalisierung entstehen: „Eine Herausforderung an die Politik in demokratischen Staaten wird der immer stärkere Kampf um Mehrheiten sein. Medien müssen sich durch höhere Qualität beweisen – auf allen Auspiel- und Empfangswegen –, sonst werden sie verschwinden.“

In der von Corinna Pfaff, Geschäftsführerin MV des Deutschen Journalistenverbands, moderierten Aussprache

debattierten die Landtagsmitglieder Philipp da Cunha (SPD) und Eva-Maria Kröger (DIE LINKE) mit der Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Elke Haferburg, dem Geschäftsführer von Greifswald TV, Heinz Merkel, und der Geschäftsführerin des nichtkommerziellen Lokalradios Rostock, Kristin Schröder. Deutlich wurde: Einige Gäste sind nach wie vor skeptisch gegenüber den „klassischen Medien“, außerdem müsse in MV mehr Medienbildung für alle Generationen vermittelt werden. Medien haben als „vierte Gewalt“ eine wichtige, demokratiefördernde Funktion. ■

Kuratorium der Ehrenamtsstiftung berufen

Ehrenamtlich Engagierte aus allen Bereichen der Gesellschaft

Die Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommern besteht seit dem 1. Juni 2015. Organe sind der Stiftungsvorstand und der Stiftungsrat. Der Vorstand ist das Organ im Zentrum der Stiftung. Seine Mitglieder sind, bis auf die Geschäftsführung, ehrenamtlich tätig. Er vertritt die Ehrenamtsstiftung MV nach außen, leitet und verwaltet sie. Außerdem entscheidet er unter anderem über die Vergabe von Fördermitteln durch die Stiftung. Der Stiftungsrat berät und kontrolliert den Vorstand. Er setzt sich zusammen aus der Ministerpräsidentin des Landes als Vorsitzende des Kuratoriums, einem externen Experten für bürgerschaftliches Engagement sowie aus zwei weiteren von der Landesregierung benannten Mitgliedern.

Auf Vorschlag des Stiftungsvorstands beruft der Stiftungsrat das Kuratorium und bestellt dessen Mitglieder. In ihm sitzen Ehrenamtliche aus allen Berei-



Stiftung für Ehrenamt und
bürgerschaftliches Engagement
in Mecklenburg-Vorpommern

Gutes tun in MV

chen des bürgerschaftlichen Engagements: aus Kunst, Kultur, Umwelt, Bildung, Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Sport. Sie begleiten und beraten die Stiftung in ihren Aktivitäten schon seit deren Gründung. In der Sitzung am 2. Juli im Rostocker Freizeitzentrum ging das Gremium in seine zweite Amtsperiode. Sozialministerin Stefanie Drese berief in Vertretung der Stiftungsratsvorsitzenden Ministerpräsidentin Manuela Schwesig die Mitglieder in ihre Funktion. Im Amt bestätigt wurden Dr. Rosemarie Wilcken als Vorsitzende des Kuratoriums sowie Prof. Wolfgang Methling in stellvertretender Funktion. Vom Lan-

deseniorenbeirat M-V wurde der Vorsitzende Bernd Rosenheinrich erneut berufen. Auf der Homepage www.ehrenamtsstiftung-mv.de/stiftung/gremien/kuratorium/ finden sich alle neu berufenen Kuratoriumsmitglieder.

Diskutiert wurde im Anschluss der von Ministerin Drese vorgestellte Zwischenstand des Konzeptentwurfs zur landesweiten Ehrenamtskarte, der in einem breiten Beteiligungsprozess mit Bürgerforen, einer Fachtagung mit Experten und einem Erfahrungsaustausch mit anderen Bundesländern entwickelt wurde. Im Herbst soll darüber dann im Landtag beraten werden. Auch in die Ausgestaltung eines Engagementpreises Mecklenburg-Vorpommern, der in einem zweijährigen Turnus vergeben werden soll, sowie in das Format eines landesweiten Engagement-Forums flossen noch viele Impulse aus dem Gremium ein. ■

Worüber bislang oft geschwiegen wurde

Ausstellung „Lesbisch, schwul und trans“ mit Beispielen aus unserem Bundesland

Bis Ende 2019 wird in unserem Bundesland eine Wanderausstellung des Vereins Lola für Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern e. V. gezeigt, die den Titel trägt: „Wir* hier! Lesbisch, schwul und trans* zwischen Hiddensee und Ludwigslust“. Nach dem Auftakt in Schwerin ist sie bis zum 28. September im Rathaus Rostock, danach in der Volkshochschule Stralsund (11. Oktober bis 4. November) und im Rathaus Bützow (10. November bis 22. Dezember) zu sehen. „Ich bin beeindruckt, mit welchem großem Engagement Jugendliche und junge Erwachsene am Projekt gearbeitet haben“, verdeutlicht Drese die Schau. „Die Ausstellung berührt, da sie sehr gut die Stärke von Menschen zeigt, sich gegen Hass, Diskriminierung und Angst zu stemmen.“

Die Ausstellung berichtet über Überlebensstrategien, Organisation und Alltag von der Zeit des Kaiserreichs bis in die Gegenwart anhand von Biographien aus Mecklenburg-Vorpommern. „Viele der Ausstellungsgeschichten sind völlig neu recherchiert. Bislang beschwiegene Geschichte des Bundeslandes wird hier erstmals sichtbar. Damit betritt die Ausstellung Neuland“, erläuterte die Vorsitzende des Vereins, Prof. Dr. Heike Radvan. Über zwei Jahre recherchierten Jugendlichen und junge Erwachsene in ihren Regionen, begleitet von Pädagog*innen und Historiker*innen. „Wir standen vor der Herausforderung, die gelebte Geschichte von Individuen zur Anschauung bringen zu wollen“, ergänzt Kuratorin Dorothee Brill. Ein Beispiel war die Tänzerin Gret Palluca, die

ihre Sommer auf Hiddensee verbrachte und eine langjährige Beziehung mit zwei Frauen führte. Ergänzt werden die über 20 Figuren und Figurengruppen mit Geschichten der Selbstorganisation aus dem Bundesland sowie mit Literatur, Audioaufnahmen und Filmausschnitten. Unter anderem ist der erste DDR-Fernsehbeitrag zum Thema Homosexualität von 1987 zu sehen. Die Ausstellung in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung wurde konzipiert und erarbeitet innerhalb des Modellprojekts „un_sichtbar. Lesben, Schwule, Trans* in Mecklenburg-Vorpommern“, das im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der Dreilinden gGmbH gefördert wird. ■



Vitanas

LIEBEVOLLE UND QUALIFIZIERTE PFLEGE

Wir bieten: Kurz- und Langzeitpflege | Spezielle Wohnbereiche für Menschen mit Demenz | Verhinderungspflege | JuP (Junge Pflege) | Probewohnen
Mitbringen Ihrer privaten Möbel | Reinigungsservice für Ihre Wäsche
Abwechslungsreiches Freizeitangebot | Ausflüge in die Umgebung
Vielseitiges Therapieangebot | Ihre Gäste sind immer herzlich willkommen
Wir kochen täglich frisch für Sie

**RUFEN SIE AN ODER KOMMEN SIE VORBEI.
WIR BERATEN SIE GERNE PERSÖNLICH.**

Länger
besser
leben!

Vitanas Senioren Centrum Am Tierpark
Am Tierpark 6 | 17373 Ueckermünde
☎ (039771) 201 - 0 | www.vitanas.de/amtierpark

Vitanas Senioren Centrum Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 40 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 563 98 - 0 | www.vitanas.de/amkulturpark

Vitanas Generationenhaus Am Kulturpark
Neustrelitzer Straße 28 | 17033 Neubrandenburg
☎ (0395) 425 62 - 100 | www.vitanas.de/amkulturpark

Vielfalt in der Pflege und im Alter erwünscht

Trans*Menschen fühlen sich oft diskriminiert

In den Leitlinien der Seniorenpolitik sollten auch Maßnahmen enthalten sein, wie die Lebensqualität der älteren Menschen, die als Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transmenschen (LSBT*) leben, verbessert werden kann. Für ältere Transmenschen, besonders, wenn sie auf körperliche Angleichung ganz oder teilweise verzichtet haben oder aus gesundheitlichen Gründen verzichten mussten, dürfte es problematisch sein, dahin vegetieren zu müssen. Menschen, die von den Normen abweichen, stellen auch Pflegende vor eine Herausforderung.

Pflegekräfte wissen kaum etwas über lesbische Sexualität und warum diese Frauen sich zurückziehen und nicht am Heimleben teilnehmen. Trans*Menschen fühlen sich von der Pflege oft diskriminiert.

Wir, der LSVD Landesverband „Gay-meinsam“ e.V., lehnen jede Stigma-

tisierung älterer Lesben, Schwulen, Bisexuelle und Trans*Menschen ab, und setzen uns, die Selbsthilfegruppe TRANS*WIS aus Wismar, dafür ein, dass auch in MV der begonnene Prozess der Sensibilisierung der Gesellschaft, der Einrichtungen der Altenhilfe und



ihrer Fachkräfte sowie aller an der Versorgung und Begleitung älterer Menschen besser befördert wird.

Wir wünschen uns eine stärkere Einbindung und Beteiligung dieser Personengruppe in die Gremien der Seniorenpolitik und der Pflege, damit auch von hier eine spezifische Beratung dieses Personenkreises erfolgen kann. Ebenso gilt das für die Gewährleistung der Di-

vers-Fürsorge für Menschen, die LSBT* in den Heimen leben. Erst die richtige Begleitung und Betreuung ermöglicht, dass auch diese Seniorin oder dieser Senior ein sozialer und geachteter Mensch bleibt und ein normales Leben weiter führen kann. LSBT*Themen müssen im Rahmen der Ausbildung von Altenpflegerinnen und -pflegern berücksichtigt werden, ebenso in der Weiterbildung der jetzt tätigen Pflegekräfte.

Der LSVD-Landesverband und insbesondere die Selbsthilfegruppe TRANS*WIS aus Wismar sind bereit, zu diesen Themen Unterstützung zu geben. Bisher wurde vier Fortbildungen angeboten, die unterschiedlich gut genutzt wurden. Nächste Fortbildung, besonders für Psycholog/innen und Psychotherapeuten/innen: 06. Oktober in Rostock.

Rita Peckruhn
SHG TRANS*WIS

Mobilität im Alter beim Bündnis A2030 im Mittelpunkt

In Workshops wurden Ideen entwickelt, um ältere Menschen zu unterstützen

Das Bündnis A2030 ist ein Verbund von Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, welches durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Initiative „WIR! – Wandel durch Innovation in der Region“ gefördert wird. Der *Seniorenkurier* berichtete bereits in der vorigen Ausgabe über das Projekt. Das Ziel von A2030 ist die Verbesserung der Mobilität älterer Menschen innerhalb und außerhalb der Wohnung, insbesondere in der ländlichen Region Mecklenburg-Vorpommerns. Die Mobilität innerhalb und außerhalb der eigenen Wohnung ist ein wesentliches Merkmal für Lebensqualität und Gesundheit in sämtlichen Lebensphasen. Besondere Bedeutung erlangt Mobilität



Bündnis A2030

Strukturwandel entlang der A20 für das Jahr 2030

wir! Wandel durch
Innovation
in der Region

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

für ältere Menschen dann, wenn sich erste physische oder kognitive Einschränkungen einstellen.

In mehreren partizipativen Workshops wurden konkrete Ideen entwickelt, wie ältere Menschen unterstützt werden können und dabei die Wertschöpfung in der Region bleibt. Die Ergebnisse werden auf zwei Veranstaltungen im September in Stralsund präsentiert.

**Das Bündnis A2030
lädt Sie dazu herzlich ein:**

Technologieabend: Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern – eine Region macht mobil

Datum: Dienstag, 11. September 2018, um 18 Uhr,

Ort: Hochschule Stralsund, Fakultät für Wirtschaft, Haus 21, Hörsaal 4, Zur Schwedenschanze 15, 18435 Stralsund

Abschlussveranstaltung Bündnis A2030

Datum: Freitag, 21. September 2018, 10 Uhr

Ort: Stralsund, Rathaus Stralsund – Löwenscher Saal, Alter Markt 10, 18408 Stralsund

Anmeldung sowie nähere Informationen: Koordinatorin des Bündnisses

Dr. Elisabeth Öfner (+49 171 2415434; elisabeth.oefner@hochschule-stralsund.de).

Für eine Bestandsaufnahme zum Thema Prävention und Reha in MV und speziell im Landkreis Rostock und Vorpommern-Greifswald im Rahmen des Bündnisses bittet Jürgen Manz, Consileon Business Consultancy GmbH,

Bereichsleitung Healthcare, Maximilianstr. 5, 76133 Karlsruhe, Mobil: +49 152 22877122, E-Mail: juergen.manz@consileon.de, www.consileon.de um Unterstützung der Seniorenbeiräte. Ein wichtiges Thema ist der Seniorensport. Es geht um eine Übersicht über Angebot und Teilnahme in den Regionen. ■

Bisher gibt es 17 Pflegestützpunkte

Im Landkreis Rügen-Vorpommern stehen jetzt drei Beratungsstellen zur Verfügung

Mit der Eröffnung des Pflegestützpunkts in Bergen gibt es nun auch auf Rügen eine zentrale Beratungsstelle. Es ist der 16. und auf der Insel der zweite seiner Art. Der 17. Pflegestützpunkt wurde in Ribnitz-Damgarten eröffnet. Die Insellage von Rügen macht nach Ansicht von Sozialministerin Stefanie Drese eine ortsnahe Beratung besonders notwendig, gerade in dem überaus wichtigen Bereich der Pflege. Pflegestützpunkte bündeln alle Leistungen und Beratungen. Bürgerinnen und Bürger können sich zu allen Fragen der Pflege informieren und praktischen Rat und Hilfestellung „aus

einer Hand“ holen. Das betonte Sozialministerin Stefanie Drese. Die Teams der Pflegestützpunkte sind auch darauf eingestellt, Bürgerinnen und Bürger zu Hause zu besuchen. So können auch in den eigenen vier Wänden alle notwendigen Gespräche geführt werden.

In Ribnitz-Damgarten verdeutlichte die Ministerin, dass rund 75 Prozent der pflegebedürftigen Personen im Land zu Hause betreut werden, entweder ausschließlich durch Angehörige oder mit Hilfe eines ambulanten Pflegedienstes. Stefanie Drese: „Für die Landesregierung war von Anfang

an klar, dass die Pflegestützpunkte nur dann zu einem Erfolgsprojekt werden können, wenn sie in gemeinsamer Trägerschaft von den Pflege- und Krankenkassen und den Landkreisen und kreisfreien Städten betrieben werden. Nur so ist eine neutrale, kostenlose und auf den jeweiligen Einzelfall bestmöglich abgestimmte Beratung gewährleistet.“

Das Sozialministerium fördert mit 750.000 Euro jährlich die Pflegestützpunkte. Für den Landkreis Vorpommern-Rügen mit jetzt drei Pflegestützpunkten bedeutet dies etwa 120.000 Euro pro Jahr. ■

Erste Info- und Anlaufstelle

Pflegestützpunkte waren auch auf dem 13. Mecklenburg-Vorpommern-Tag präsent

Unser schönes Bundesland feierte vom 18. bis 20. Mai zum 13. Mal seinen traditionellen Mecklenburg-Vorpommern-Tag – diesmal in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock, und zwar ganz im Zeichen des Jubiläums „800 Jahre Rostock“. Einer von vielen Ausstellern, die ein vielfältiges Bild von der Region zeigten, war der gemeinsame Stand aller 17

Pflegestützpunkte. Das Interesse der zahlreichen Besucher rund um das Thema Pflege war enorm. Im Mittelpunkt standen Nachfragen von Betroffenen und Angehörigen zu den Sozialleistungen, zur Erteilung von Vollmachten und zur Wohnraumanpassung.

Einem großen Teil der Besucher war die Institution Pflegestützpunkt bereits be-

kannt, und Viele brachten ihre Zufriedenheit über die guten Erfahrungen mit der kompetenten Beratung und Unterstützung zum Ausdruck. Ihre Position als erste Informations- und Anlaufstelle konnten diese Beratungsstellen dank der großen Resonanz und der gelungenen Präsentation bekräftigen und ausbauen. ■

Auf seine Freiheit verzichten, heißt auf seine Menschenwürde, seine Menschenrechte, selbst auf seine Pflichten zu verzichten.

Jean-Jacques Rousseau (1712-1778), Genfer Schriftsteller, Philosoph und Pädagoge

Wer berät und unterstützt in der Pflege?

Seit fünf Jahren sind in Ludwigslust und Parchim die Pflegestützpunkte aktiv

Vor fünf Jahren wurde der gesetzliche Auftrag zur Errichtung von zwei Pflegestützpunkten zur wohnortnahen, neutralen, kostenlosen und unabhängigen Pflege- und Sozialberatung für die Einwohner des Landkreises Ludwigslust-Parchim umgesetzt. Träger der Pflegestützpunkte sind die Kranken- und Pflegekassen gemeinsam mit dem Landkreis.

Das neue Beratungsangebot in der Region musste sich zunächst etablieren. Durch eine stetige Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit der Mitarbeiterinnen der Pflegestützpunkte wurde das Beratungsangebot publik gemacht. Dies wird auch weiterhin ständig ausgebaut und qualifiziert. Wichtige Unterstützer der Öffentlichkeitsarbeit und der Vernetzung der Pflegestützpunkte in den Gemeinden sind die ehrenamtlichen Pflegelotsen des Landkreises, die innerhalb des Kreisentwicklungskonzepts 2030 zum Anfang dieses Jahres ihre Arbeit aufnahmen und durch eine Mitarbeiterin der Landkreisverwaltung koordiniert werden.

Wichtig ist, die ehrenamtlichen Pflegelotsen im gesamten Landkreisgebiet als unterstützende Netzwerker für die Öffentlichkeitsarbeit der Pflegestützpunkte zu integrieren und zu etablieren. Dabei sind die Ziele des Bundes und des Landes sowie anderer Interessenvertreter zu berücksichtigen, um Doppelstrukturen in der Beratungslandschaft zu vermeiden oder abzuschaffen.

Eingestellt wurden ausgebildete Pflege- und Sozialberaterinnen, die fast alle schon viele Jahre in unterschiedlichen Bereichen der Pflege tätig gewesen waren. Dadurch konnten die Pflegestützpunkte in Ludwigslust und Parchim schnell anerkannt und akzeptiert werden. Zudem ist diese Gegebenheit förderlich für das Verständnis und das Wissen um die Probleme der Pflege-



bedürftigen und deren Angehörigen oder Pflegepersonen.

Pflegende Angehörige leisten täglich viele Stunden, oft auch neben ihrem eigentlichen Beruf, verantwortungsvolle und sehr anstrengende Arbeit für ihre pflegebedürftigen Angehörigen. Auf Dauer kann diese Fürsorge die pflegenden Angehörigen an ihre Belastungsgrenzen bringen. Zur körperlichen, seelischen und sozialen (Über)Belastung kommen häufig finanzielle Sorgen und Probleme hinzu. All diese Bürden müssen täglich neu bewältigt werden. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, zeigen die Beraterinnen in den Pflegestützpunkten Möglichkeiten der Entlastung für pflegende Angehörige auf.



Die Mitarbeiterinnen (v. l. n. r.) Andrea Peters, Wibke Pegel und Silke Zepelin vor dem Pflegestützpunkt in Parchim

In den vergangenen fünf Jahren haben die Beraterinnen in den Pflegestützpunkten viel Anerkennung und Lob von den Klienten erhalten. „Die beste

Empfehlung ist die Mundpropaganda, denn diese ist ein Zeichen der Zufriedenheit, und daran arbeiten wir kontinuierlich weiter“, sind sich die Mitarbeiterinnen einig. Die stetig steigenden Zahlen der Beratungskontakte zeigen, dass der Bedarf daran auf jeden Fall vorhanden ist. Im Mai gab es in Ludwigslust und Parchim einen

„Tag der offenen Tür“ gemeinsam mit vielen Anbietern aus der Pflege- und Betreuungslandschaft, dem Ehrenamt und dem Gesundheitswesen, aus dem Bereich der Altenpflegeschülerausbildung – und nicht zuletzt mit dem Kreissenorenbeirat. In Parchim konnte eine Testfahrt mit einem Treppenlift gemacht werden, ein Aussteller stellte Materialien für die moderne Wundversorgung vor. Auch an Möglichkeiten des Urlaubs mit Pflegebedürftigen wurde aufmerksam gemacht.

Ein wunderbares Fazit aller Akteure war der Vernetzungsgedanke. „Wir brauchen uns“, betonte ein Mitarbeiter des Hospizdienstes. Das Resümee ist, dass alle Akteure nur gut vernetzt effektiv zum Gemeinwohl beitragen können.

Silke Zepelin, Sozialberaterin im Pflegestützpunkt Parchim

Weitere Infos: Pflegestützpunkt Ludwigslust, Garnisonsstr. 1, Tel.: 03871 / 722-5093 und -5094, E-Mail: pflegestuetzpunkt-ludwigslust@kreis-lup.de; Pflegestützpunkt Parchim, Putlitzer Str. 25, Tel.: 03871 / 722-5091 und 5092, E-Mail: pflegestuetzpunkt-parchim@kreis-lup.de
 Öffnungszeiten: Dienstag von 8 bis 12 und 13 bis 17:30 Uhr, Donnerstag von 8 bis 12 und 13 bis 16 Uhr sowie nach Vereinbarungen außerhalb der Sprechzeiten, auf Wunsch auch zu Hause. Außensprechtag jeden ersten Mittwoch im Monat von 9 bis 12 Uhr in Boizenburg, Kirchplatz 1 im Stadthaus Beratungsraum Nr. 8; in Sternberg im alten Postgebäude am Markt 3, Seiteneingang.

Wie Grillen zum gesunden Genuss wird

Schmackhafte Aromen können auch zu gesundheitsschädlichen Stoffen werden

Grillen erfreut sich unbestritten großer Beliebtheit. An einem schönen Sommerabend kann man aus jeder Richtung Grillgerüche wahrnehmen; diese Röstaromen entstehen durch das Erhitzen der entsprechenden Lebensmittel und sorgen für den typischen Geschmack. Beim Grillen gilt es aber, bestimmte Tipps einzuhalten, damit das Grillvergnügen unbeschwert genossen werden kann. Denn es entstehen durch das Erhitzen von Lebensmitteln auf dem Grill nicht nur schmackhafte Aromen, sondern bei falscher Handhabung auch gesundheitsschädliche Stoffe. Die Hauptvertreter sind die heterozyklischen aromatischen Amine (HAA) und die polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe (PAK). Beide Stoffgruppen können eine krebserregende Wirkung haben.

Die HAA entstehen, wenn das Fleisch bei zu großer Hitze zu lange gegrillt wird. Je dunkler und verkohlter das Fleisch, desto mehr HAA sind entstanden. Daher sollten Lebensmittel nicht zu lange auf dem Grill verbleiben. Sehr dunkle bzw. verkohlte Stellen am Grillgut sollten immer entfernt und nicht mitgegessen werden. Auch sollte auf einen angemessenen Abstand zwischen Grillgut und Kohle geachtet werden. Als Faustformel gilt: mindestens eine Handbreit Abstand. Grillprofis errichten sich verschiedene Zonen auf dem Grill: eine Zone mit der Holzkohle und eine Zone ohne Kohle bzw. mit einem hitzefesten Gefäß, welches mit Wasser gefüllt wurde. Über der Holzkohle wird das Grillgut kurz angebraten, um die Röstaromen zu erhalten. Über der anderen Zone wird es dann durch die Resthitze durchgegart. Die PAK entstehen vor allem, wenn Fett verbrennt. Das bedeutet, immer

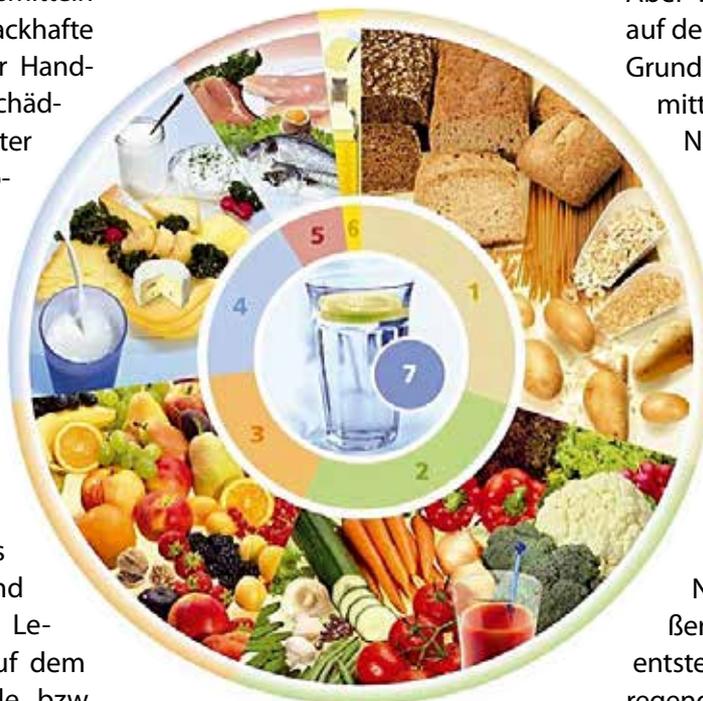
wenn der Grill stark qualmt, weil etwas in die Glut – oder bei Elektrogrills auf die Heizschlange – getropft ist. Der Qualm steigt dann hoch, und die PAK setzen sich auf dem Grillgut ab. Aus diesem Grund sollte das Hineintropfen von Fett oder Öl am Grill immer verhindert werden. Marinaden sollten deshalb leicht abgetupft werden und fettreiche Lebensmittel (von denen aus anderen gesund-

weißen Aschebelag auf der Glut. Hier gilt es, sich in Geduld zu üben, denn Brandbeschleuniger wie Spiritus oder Benzin sowie das Wedeln und Pusten sind durch den entstehenden Qualm nicht gesundheitsförderlich. Auch das Ablöschen mit Bier ist keine gute Idee. Durch den aufsteigenden Qualm werden ebenfalls PAK auf das Grillgut gewirbelt, und einen Biergeschmack erhält man so auch nicht. Aber was darf denn nun überhaupt auf den Grill?

Grundsätzlich können viele Lebensmittel auf dem Grill gegart werden.

Neben dem häufig verwendeten Fleisch geht das natürlich auch mit Fisch, Gemüse und sogar Obst. Bei Fleischwaren gibt es allerdings einige Einschränkungen: Gepökelte Fleischwaren wie Fleischwurst, Schinken, Speck, Bacon, Bockwürste, Salami, Kasseler, Leberkäse und Wiener Würstchen dürfen nicht auf den Grill. Das enthaltene Nitritpökelsalz reagiert bei großer Hitze, wie sie auf einem Grill entsteht, ebenfalls zu einem krebserregenden Stoff.

Gemüse kann unbehandelt oder in einer Öl-Kräuter-Marinade, entweder auf Spießen oder auf Grillschalen, gegart werden. Für Fisch können ebenfalls Grillschalen oder Fischbräter (in denen der Fisch von einem Gitter wie in einer Zange eingeschlossen wird) verwendet werden. Selbst Obst, wie Ananas, Banane oder Mango, erhalten auf dem Grill ein besonderes Aroma. Werden diese Tipps eingehalten, steht dem unbeschwertem Grillvergnügen nichts mehr im Weg.



DGE-Ernährungskreis

heitsschädlichen Aspekten natürlich nicht zu viel gegessen werden sollte) auf Grillschalen gelegt werden. Da man heute weiß, dass besonders salzige und saure Lebensmittel sowie Hitze Aluminium aus den Aluminiumschalen lösen können, empfiehlt es sich, Grillschalen aus anderen Materialien, etwa Edelstahl oder Emaille, zu verwenden. Um die PAK-Belastung weiterhin zu verringern, sollte die Holzkohle (bitte nur Grillkohle verwenden, kein Altpapier, Baumzapfen, harzreiche oder behandelte Holzreste!) immer gut durchgeglüht sein. Das erkennt man an dem

Deutsche Gesellschaft
für Ernährung e. V.

Sektion Mecklenburg-Vorpommern

Eine Alternative fürs Wohnen im Alter

Hinter dem Betreuten Wohnen verbergen sich verschiedene Konzepte

Für viele ältere Menschen ist das Betreute Wohnen oder Service-Wohnen eine Möglichkeit, sich rechtzeitig auf ein Wohnen im Alter anzupassen, und zwar schon dann, wenn noch keine Pflegebedürftigkeit vorliegt. Bei näherem Hinschauen halten diese Angebote aber nicht immer, was die Hochglanzbroschüren versprechen.

Betreutes Wohnen oder Service-Wohnen?

Die Bezeichnung „Betreutes Wohnen“ kann durchaus zu Missverständnissen führen, denn das Wort „betreut“ erweckt den Anschein einer umfangreichen Versorgung und Betreuung. Dies ist aber in der Regel in diesem Umfang nicht vorgesehen. Daher entspricht die Bezeichnung „Service-Wohnen“ eher dem, was man gemeinhin bei dieser Wohnform vorfindet.

Da der Begriff „Betreutes Wohnen“ nicht geschützt ist, verbergen sich dahinter sehr verschiedene Konzepte. Die Angebote reichen von Wohnungen, die eng an ein Pflegeheim angegliedert sind und dementsprechende Vor- und Nachteile mit sich bringen, über seniorengerechte Wohnungen im normalen Wohnungsbau, die nur einen Hausmeisterdienst bieten, bis hin zu eher hotelähnlichen Immobilien mit Sauna, Wellness und Auslandsreisen. Die Preise schwanken dementsprechend. Umso wichtiger ist es, sich ein Angebot auszuwählen, das den eigenen Bedürfnissen entspricht.

Beim Service-Wohnen wird meist ein Appartement zur Miete oder auch zum Kauf angeboten. Zusätzlich können verschiedene Unterstützungsleistungen in Anspruch genommen werden, beispielsweise der Hausnotruf, Hausmeister- und Reinigungsdienste, Wäscheservice oder die Vermittlung von Pflegeleistungen. Betreutes Wohnen bietet in der Regel also keine Rundumversorgung und ist daher für Menschen mit schwerer Pflegebedürftigkeit oder fortgeschrittener Demenz weniger geeignet.

Manchmal bezeichnen auch Seniorenresidenzen und Wohnstifte ihre Angebote als Betreutes Wohnen: Hier soll-



te genau hingeschaut werden, ob sich dahinter nicht doch das Angebot eines normalen Pflegeheims verbirgt.

Welche Leistungen werden im Service-Wohnen angeboten?

Der Umfang der angebotenen Leistungen im Betreuten Wohnen kann von Einrichtung zu Einrichtung sehr unterschiedlich ausfallen. Kennzeichnend für Betreutes Wohnen sind die beiden Bestandteile Wohnen und Service.

Wohnen

Der Betreiber stellt eine Mietwohnung zur Verfügung. Größe, Ausstattung und Zuschnitt der Wohnungen sowie Lage und Anbindung im Quartier können sehr verschieden sein, sollten aber den Bedürfnissen älterer Menschen entsprechen (beispielsweise barrierefreie Wohnung, medizinische Versorgung durch Ärzte und Apotheke in der Nähe).

Serviceleistungen

Der Umfang der Serviceleistungen kann sehr unterschiedlich sein: einige Häuser bieten kaum mehr als einen Hausmeister, andere haben einen Ansprechpartner, der regelmäßig in der Anlage erreichbar ist. Entscheidend ist vor allem der Hilfebedarf der Mieter. Gesunde, aktive Senioren sind mit dem Hausmeistermodell oder dem Ansprechpartner oft sehr zufrieden. Wer schon größeren Hilfebedarf hat, wird dagegen eher eine Einrichtung mit umfangreicheren Unterstützungsmöglichkeiten vorziehen. Die Serviceleistungen gliedern sich bei den meisten

Anbietern in die Grundleistungen und die Wahl- oder Zusatzleistungen.

Grundleistungen

Damit die Bezeichnung Betreutes Wohnen seine Berechtigung hat, sollte ein gewisser Umfang an Grundleistungen garantiert sein. Allerdings ist das Pauschalpaket der Grundleistungen umso preisgünstiger, je weniger Leistungen enthalten sind. Zu den Grundleistungen sollten daher nur folgende Leistungen gehören:

Eine Ansprechperson

Betreutes Wohnen bedeutet nicht, dass rund um die Uhr eine individuelle Betreuungskraft zur Verfügung steht, sondern dass es zu bestimmten Zeiten eine Ansprechperson in der Anlage gibt, die notwendige Hilfen organisiert. Diese Ansprechperson sollte regelmäßige Sprechzeiten haben, mindestens jedoch einmal pro Woche; eine Vertretung sollte auch im Urlaubs- und Krankheitsfall gewährleistet sein. Die Ansprechperson selbst erbringt keine Pflegeleistungen, sie soll aber die Bewohnerinnen und Bewohner bei der Organisation des alltäglichen Lebens unterstützen, bei behördlichen Fragen helfen, Veranstaltungen oder Ausflüge organisieren und bei Bedarf Dienstleistungen vermitteln, wie beispielsweise einen Pflegedienst oder Essen auf Rädern.

Ein Hausnotruf

Der Hausnotruf kann innerhalb der Wohnanlage mit eigenem Personal oder über einen externen Dienstleister mit einer Notrufzentrale organisiert sein. Die Zentrale muss 365 Tage pro Jahr rund um die Uhr besetzt sein. Die Auslösung des Notrufs per Funk soll von jeder Stelle der Wohnung und auch der Wohnanlage aus möglich sein. Die Freischaltung des Notrufs in-

nerhalb eines Werktags kann per Wahlleistung vereinbart werden.

Ein Hausmeisterdienst

Der Hausmeister ist für die Pflege und Instandhaltung der Gemeinschaftseinrichtungen der Wohnanlage verantwortlich. Dies umfasst die Wartung und Reinigung der gemeinschaftlich genutzten Räume, die Pflege der Freiflächen, den Winterdienst und das Herausstellen der Müllbehälter. Dazu soll der Hausmeister regelmäßig im Haus anwesend und in dringenden Fällen verlässlich erreichbar sein, beispielsweise per Mobiltelefon. Diese Nummer sollte auch allen Bewohnern bekannt sein und an gut zugänglicher Stelle ausgehängt werden.

Gut zu wissen ist: Hausmeistertätigkeiten innerhalb der einzelnen Wohnungen gehören in der Regel nicht zu seinem Aufgabenbereich; dieser ist über die Grundpauschale abgedeckt.

Wahlleistungen

Leistungen, die über die Grundleistungen hinausgehen, werden üblicherweise als Wahl- oder Zusatzleistungen angeboten. Sie können je nach persönlichem Bedarf frei gewählt werden, eine Verpflichtung zur Abnahme dieser Leistungen besteht nicht.

Zusatzleistungen sind zum Beispiel Haushaltshilfen zum Reinigen der Wohnung oder Wäsche- und Bügelservice, Essen auf Rädern, ambulante Pflege, Fuß- und Haarpflege. Die Vermittlung dieser Leistungen erfolgt in den meisten Fällen durch das Betreuungspersonal. Die Betroffenen können sich aber auch selbst um entsprechende Angebote von Dienstleistern kümmern. Abgerechnet werden die Leistungen direkt mit dem Dienstleister.

Welche Verträge sind abzuschließen?

Vor dem Einzug in eine Einrichtung des Betreuten Wohnens sind ein Mietvertrag für die Wohnung sowie ein Dienstvertrag für die vereinbarten Grundleistungen abzuschließen. Je nach persönlicher Situation ist gegebenenfalls bei Einzug oder später der Abschluss weiterer Verträge erforderlich, beispielsweise für Wahlleistungen oder ein Vertrag mit einem ambulanten Pflegedienst.

Was kostet Betreutes Wohnen?

Die Kosten des Betreuten Wohnens unterliegen der freien Preisgestaltung durch die Anbieter. Sie können je nach Angebot und Nachfrage und regionalem Preisgefüge sehr unterschiedlich

ausfallen. Wohnungen in der Stadt sind meist teurer als in ländlichen Regionen. Die Kosten für das Betreute Wohnen haben die Bewohnerinnen und Bewohner in der Regel selbst aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Dies gilt sowohl für die Mietkosten als auch für die Service- und Wahlleistungen. Die Pflegekasse gewährt keine Leistungen für Miete und Betreuung im Betreuten Wohnen. Allerdings können Leistungen eines ambulanten Pflegedienstes finanziert werden, wenn Pflegebedürftigkeit vorliegt. Die Pflegekassen können bei Pflegebedürftigkeit auch die Kosten für den Hausnotruf übernehmen. Da eine Barrierefreiheit der Wohnung im Betreuten Wohnen nicht verpflichtend vorgeschrieben ist, kann auch ein Zuschuss zur Verbesserung des Wohnumfelds durch die Pflegekasse gewährt werden.

Ist beispielsweise das Wechseln eines Verbands erforderlich oder muss Insulin gespritzt werden, so handelt es sich um eine medizinische Behandlungspflege, deren Kosten die Krankenkasse übernimmt. Sie kann darüber hinaus auch notwendige Hilfsmittel wie Rollatoren finanzieren. ■

„Enkeltrick – nein danke!“

Faires Miteinander für ein sicheres Wohnen – Seniorensicherheitsberater in Rostock

Aufgrund unzureichender Vorsichtsmaßnahmen und durch ein zu großes Vertrauen wird gerade die ältere Generation nicht selten Opfer von Dieben und Betrügern. Auch das erhöhte Verkehrsaufkommen stellt ältere Verkehrsteilnehmer schnell vor Schwierigkeiten, wenn das Seh- und Hörvermögen oder die Koordinationsfähigkeit nachlassen, das Einschätzen von Situationen, von Geschwindigkeiten und Entfernungen schwerer fallen.

Diese Umstände führten dazu, dass die Landespolizei MV gemeinsam mit dem Landesseniorenbeirat 2015 das Präventionsprojekt „Seniorensicherheits-



Seniorensicherheitsberatung in der Hansestadt

Foto: KPR

berater MV“ schufen. Polizeibeamte im Ruhestand informieren als ehrenamtliche Seniorensicherheitsberater die Se-

nieren in Form von Vorträgen und Beratungsgesprächen. Die Hinweise und Tipps der Vorträge beziehen sich auf den Betrug an der Haustür, den Enkeltrick, auf den Betrug durch Gewinnbenachrichtigungen, auch im Internet, auf Taschendiebstahl und Einbruchschutz für Haus und Wohnung. Bei der Verkehrsprävention wird Hilfe für Senioren als Fußgänger, Rad- oder Kraftfahrer bzw. als Nutzer des Öffentlichen Personennahverkehrs gegeben. In diesen Fällen raten die Seniorensicherheitsberater, ausreichend Zeit für Un-

Fortsetzung auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

ternehmungen einzuplanen und sich umsichtig und konzentriert zu bewegen. Hilfsmittel, wie Hörgeräte, Brille, Rollator oder Fahrradhelm, können zu einer erhöhten Sicherheit beitragen.

In Rostock bieten die Seniorensicherheitsberater drei kurzweilige, kostenfreie Vorträge an, um Betrugsfällen durch Trickbetrüger vorzubeugen oder die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen. Außerdem wollen sie die Handlungssicherheit von Senioren erhöhen, der Reduzierung von Straftaten und Verkehrsunfällen dienen und die vor allem zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der älteren Generation beitragen. Themen sind:

Seniorensicherheit im Alltag; Verhalten an der Haustür; Betrug durch Gewinnbenachrichtigungen; Taschendiebstahl; Einbruchschutz für Haus und Wohnung; „Senioren im Straßenverkehr – aber sicher“; Senioren als Fußgänger, Radfahrer und Kraftfahrer; Senioren als Nutzer des öffentlichen Nahverkehrs; „Senioren im Internet – aber sicher“ (nur in der Hansestadt Rostock); Grundlagen der Sicherheit im Internet; Kommunizieren mit E-Mail und Messenger; „Im Netz einkaufen und bezahlen“; Vernetzen mit Social Media.

Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, dass es wichtig ist, die Aktualität der Themen zu beachten und Inhalte immer wieder anzupassen. Seit kurzem wird der Schwerpunkt „Senioren im Internet – aber sicher“ als separater Vortrag angeboten, da besonders viele jüngere Senioren ganz selbstverständlich mit der mobilen Computertechnik umgehen und die Vorteile von sozialen Medien zu nutzen wissen. Mit einem achtsamen Blick auf die Sicherheitseinstellungen des mobilen Endgeräts sowie wertvollen Hinweisen beim Nutzen der Online-Shops wird das Bewegen im Internet auch sicherer.

Projekt Seniorensicherheitsberater wird finanziert durch:

PROVINZIAL



Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung
Mecklenburg-Vorpommern

Weitere Informationen zum Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung und zu dessen Förderprogramm finden Interessenten im Internet unter www.kriminalpraevention-mv.de

„Wir sind bemüht, uns in der Themenauswahl den Sicherheitsbedürfnissen der Senioren anzupassen und dabei auch gesellschaftliche Entwicklungen aufzugreifen“, sagt Marlen Schmidt, Koordinatorin des Kommunalen Präventionsrats der Hansestadt Rostock. „Eine gute Nachbarschaft – ob Hausgemeinschaft, Seniorentreff oder Sportverein – reift durch Gespräche und einen fairen, toleranten sowie respektvollen Umgang miteinander. Sie trägt dazu bei, dass Menschen mehr aufeinander Acht geben, und fördert das selbstbestimmte sichere Wohnen.“ Ab Ende 2018 wird eine Seniorensicherheitsberaterin in Rostock einen spannenden Vortrag zur Stärkung des gewaltfreien Miteinanders mit dem Schwerpunkt „Demokratie stärken – was ist das und kann auch ich die Welt verändern?“ anbieten. Die Koordination und Dokumentation der Einsätze der Seniorensicherheitsberater in den Landkreisen bzw. der kreisfreien Städte erfolgt über die Geschäftsstellen der Präventionsräte. Ansprechpartnerin für Rostocker Seniorengruppen: Kommunaler Präventionsrat der Hansestadt Rostock, Marlen Schmidt, Neuer Markt 1, 18055 Rostock; Tel. 0381 381-5450; Email: praeventionsrat@rostock.de; www.rostock.de/praevention ■

Mindestens zwei Jahre eingezahlt

Eine Erkrankung oder das Nachlassen körperlicher Kräfte sind oft die Ursachen, wenn Menschen ihren Alltag nicht mehr selbstständig bewältigen können. Trotzdem wollen viele am liebsten in ihrem vertrauten Zuhause wohnen bleiben und suchen nach Unterstützung. Wer in den zurückliegenden zehn Jahren mindestens zwei Jahre in die Pflegekasse eingezahlt hat, kann daraus Leistungen beanspruchen. Diese haben sich mit den neuen Pflegestärkungsgesetzen (PSG I, II und III) seit 2015 nach und nach verbessert. Krankenkassen, Wohlfahrtsverbände und auch private Unternehmen bieten Pflegeberatung für Betroffene und Angehörige an.

dif

Kraft trainieren im Alter

Die Zeiten, in denen älteren Menschen ausschließlich zu lockerer Ausdauerbelastung geraten wurde, sind vorbei. Längst ist auch für über 60-Jährige das Krafttraining ins medizinische und sportwissenschaftliche Interesse gerückt. Studien belegen, dass Muskeln, Sehnen und Bänder bis ins hohe Alter gut trainierbar sind. Wissenschaftler gehen davon aus, dass ohne Training die Muskulatur um ein Prozent pro Jahr abnimmt. Der Nutzen liegt auf der Hand: Man spricht nicht umsonst vom Muskelkorsett. Kraft, Koordination und Gleichgewicht – all dies kann mit entsprechenden Übungen trainiert werden. ■

„Wir wollen Brücken bauen!“

Der Deutsche Bundesjugendring und die BAGSO treten gemeinsam für eine solidarische und vielfältige Gesellschaft ein. Vor dem Hintergrund antidemokratischer und antieuropäischer Strömungen rufen die Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen sowie Seniorinnen und Senioren in einem gemeinsamen Positionspapier dazu auf, sich demokratiefeindlichem, populistischem Gedankengut entgegen-



genzustellen: „Wir wollen nicht weniger Europa, wir wollen mehr Europa. Wir wollen Brücken bauen, keine Mauern und Zäune!“ Es ist das erste Mal, dass die BAGSO und der DBJR in dieser Form gemeinsam an die Öffentlichkeit treten.

Aus Sicht der jungen und der älteren Menschen müssen die großen sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragen, die Frage von Menschenrechten und Frieden beant-

wortet werden – weltweit. Das gehe nur, wenn alle daran mitwirken können. BAGSO und DBJR stellen deshalb alle Altersgrenzen in Frage: „Junge wie Alte müssen für sich selbst entscheiden können, wie und wann sie sich in politische Prozesse einbringen; das betrifft auch die altersmäßigen Beschränkungen von aktivem oder passivem Wahlrecht“, kommentierte BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering.

Informationsplattform zur Gesundheitsförderung

Auf dem 12. Seniorentag in Dortmund stellte die BAGSO ihre neue Internetplattform „Im Alter IN FORM“ online. Vorgestellt wurde sie vom Vorsitzenden Franz Müntefering und Ursula Horzetzky, der Referatsleiterin Ernährungsprävention, Ernährungsinformation beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft.

Das Informationsportal richtet sich an Verantwortliche und Akteure auf kommunaler Ebene, die sich für die



BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering und Ursula Horzetzky vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft beim Start des Internetportals

Foto: ©BMEL/photothek.net/Ina Fassbender

Gesundheitsförderung älterer Menschen einsetzen. Es bietet umfassende Informationen und Materialien zur Gestaltung von kommunalen Angeboten und Strukturen. Im Mittelpunkt stehen die Förderung einer ausgewogenen Ernährung, ausreichende Bewegung und soziale Teilhabe. Außerdem wird über die Schulungsangebote und Fachtagungen des BAGSO-Projekts „Im Alter IN FORM“ informiert.

Offene Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns

Auf Ebene der Vereinten Nationen fand in New York die 9. Sitzung der Offenen Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns statt, an der auch die BAGSO teilnahm. Es gab erneut Fortschritte bei der Bereitschaft, die Bestandtei-

le einer möglichen Konvention zum Schutz der Rechte Älterer zu diskutieren. Schwerpunktthemen der diesjährigen Sitzung waren Langzeit- und Palliativpflege sowie Autonomie und selbstbestimmtes Leben. Deutsch-

land war außerdem vertreten durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Gesundheit und das Deutsche Institut für Menschenrechte.

Ein Leben lang neugierig bleiben

Wer die Zukunft aller Generationen im Blick hat, weiß: Wir alle brauchen Offenheit für Neues, die Bereitschaft, auch einmal neue Pfade zu gehen und alte Gewohnheiten über Bord zu

werfen. Kurzum: Ohne Lernen geht es auch im Alter nicht! Die Broschüre über Bildung und Lernen im Alter gibt Tipps für die Eröffnung neuer Denkräume und regt an, ein Leben

lang neugierig zu bleiben. Sie kann kostenfrei bei der BAGSO bestellt werden oder ist als PDF-Version herunterzuladen.

HANSESTADT ROSTOCK

Geistig fit bis ins hohe Alter – Teilnehmer gesucht



Wie kann die geistige Leistungsfähigkeit bis ins hohe Alter erhalten bleiben? Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, startete im Juni 2016 an der Universitätsmedizin Rostock die groß angelegte Studie „AgeGain“. In Kooperation mit den Unikliniken Mainz und Köln sowie der Sporthochschule Köln untersuchen die Forscher, wie die Denkfähigkeit im Alter trainiert werden kann und welche Faktoren dafür wichtig sind. Die Studie wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit rund einer Million Euro gefördert und soll nun erweitert werden.

Dafür werden weitere Teilnehmer gesucht. Teilnehmen kann, wer gesund und älter als 60 Jahre ist.

„Mit zunehmendem Alter sinkt die geistige Leistungsfähigkeit“, sagen die Demenzforscher an der Rostocker Uni-Medizin und am Deutschen Zentrum für neurodegenerative Erkrankungen. „Diesem Prozess versuchen wir, durch ein geistiges Training entgegenzuwirken.“ Die Studienteilnehmer erhalten neurologische, psychologische und bildgebende Untersuchungen sowie ein vierwöchiges Training der Denkfähigkeit. Wenn gewünscht, können die Studienteilnehmer sogar selbst an der Auswertung der Daten mitwirken. In Workshops wird der wissenschaftliche Hintergrund erläutert, und Teilnehmer haben die Möglichkeit, ihre eigenen Studiendaten auszuwerten. Das ermögliche den Wissenschaftlern ein besseres Verständnis der untersuch-



ten Zielgruppe, betonen die Forscher. Gleichzeitig erhalten die Nicht-Wissenschaftler wertvollen Einblick in die Forschungsarbeit. „Wir planen weitere Projekte, an denen Senioren an Konzeption, Umsetzung und Auswertung maßgeblich beteiligt sein werden.“ Weitere Infos: Klinik für Psychosomatik und Psychotherapeutische Medizin der Universitätsmedizin Rostock bzw. Deutsches Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE), Standort Rostock/ Greifswald. Telefon: 0381/494-9488.

LANDKREIS MECKLENBURGISCHE SEENPLATTE

5. Seniorenmesse war ein voller Erfolg

Eine Seniorenmesse hat auch, aber eben nicht nur, etwas mit Stützstrümpfen oder Rollatoren zu tun. Anbieter von derartigen Alltagshelfern für die Generation ab 65 waren auf der fünften Neuwoges-Seniorenmesse ebenso vertreten gewesen wie Fitnessstudios oder Pflegeheime, Reiseveranstalter oder Sozialdienste, Kreissenorenbeirat und Seniorenbeirat Neubrandenburg oder die Polizei. Manche Aussteller sind seit der ersten Messe dabei, beispielsweise Kreissenorenbeirat und Seniorenbeirat, doch immer wieder kommen neue hinzu. Insgesamt beteiligten sich 39 Aussteller.

„Die große Vielfalt auf unserer Messe sorgte wieder dafür, dass jede Besucherin und jeder Besucher passende Anregungen für einen selbstbestimmten



Der Messestand des Seniorenbeirats Neubrandenburg – v. l. n. r.: Eckhard Gründer, Hans Asmus, Helmut Wärmeling und Peter Lundershausen Foto: pl

Lebensabend gefunden hat“, bilanzierte NEUWOGES-Geschäftsführer Frank Benischke. Rund 30 Prozent der Mieter hätten das Alter von 65 Jahren erreicht oder überschritten. Und für fast alle sei es ein großer Wunsch, möglichst lange

selbstbestimmt in der gewohnten Umgebung bleiben zu können.

Die Veranstaltung zeigte auch, wie lebenswert es für Senioren in Neubrandenburg sei, lobte Neubrandenburgs stellvertretender Oberbürgermeister Peter Modemann. Und Vize-Landrat Kai Seiferth würdigte die Neuwoges als Veranstalter und Initiator der Messe: „Als Landkreis freuen wir uns, einen so starken Partner wie die Neuwoges an unserer Seite zu wissen.“ Die Bilanz am Ende des Messetages zeigte, wie erfolgreich das Konzept ist: Mehr als 1200 Besucher haben die Stände besucht und die Vorträge und Shows auf und vor der Bühne mit Applaus begleitet – ein voller Erfolg also!

Seniorenbeirat

Ein erster Erfahrungsaustausch



Die Seniorenbeiräte trafen sich im Büro des Neubrandenburger Beirats.



Austausch am Stadtmodell Neubrandenburgs

Auf Einladung des Seniorenbeirats Neubrandenburg kam der Seniorenbeirat aus Ueckermünde zu einem Erfahrungsaustausch in die Vier-Tore-Stadt. Nach dem ersten Kennenlernen wur-

den Arbeitsinhalte sowie thematische Schwerpunkte der beiden Gremien vorgestellt. Beide Seiten haben Kenntnisse über die Arbeit des jeweils Anderen erhalten. Im Anschluss erhielten die

Gäste am Stadtmodell im Rathaus interessante Informationen zur Stadtgeschichte und -entwicklung durch die Fachabteilung. Vereinbart wurde, den Austausch fortzusetzen. ■

Senioren-Technik-Botschafter im Vormarsch

Ältere Menschen haben oftmals mit dem Computer wenig im Sinn, weil alles viel zu kompliziert erscheint. Vor allem, wenn kein Enkel hilft, stehen diese Personen oft vor einem nicht lösbaren Problem. Durch das Törpiner Forum e. V. sind dazu 2014 über ein Bundesprojekt Senioren-Technik-Botschafter ausgebildet worden, um in solchen Fällen zu helfen. Nicht immer ist das möglich, weil mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die ehrenamtliche Tätigkeit schnell ihre Grenzen erreicht.

Nun gibt es Hilfe über eine neue Technik, die der Enkel leicht installieren kann – wenn Oma oder Opa es wollen. Es handelt sich um die Sprachsteuerung des Fernsehers. Man braucht dazu allerdings W-LAN, einen Smart-Fernseher und in der HDMI-Buchse des Fernsehers ein kleines Chromecast-Ge-

rät, das aber weniger als 40 Euro kostet. Die Sprachsteuerung gibt es von Google als Google-home mini, Amazon offeriert Alexa, Apple Siri. Damit kann man über Youtube eine Fülle von Informationen zu fast jedem Thema erhalten. Aber auch Musik ist verfügbar, z. B. über Spotify, so dass man fast geneigt ist alle CDs wegzuworfen. Alles ist kostenlos, wenn man für etwa 30€ die Sprachsteuerung gekauft hat.

Wie macht man's am besten? Man ruft einfach z. B. „He, Google!“, dann schaltet sich die Sprachsteuerung ein. Nun kann man alles wünschen, was man sich vorstellt. Für ein Video sagt man: „Spiel mir ein Video über“, und dann kommt der eigene Wunsch – egal, wofür man sich Interessiert: ob Gesundheit, Garten, Urlaub, Tiere; alles ist in mehrfachen Filmen verfügbar. Gefällt

einem der Film nicht, sagt man einfach: „Next“ oder „Aus“. Bei der Musikwahl über Spotify ist es ähnlich. Hier sagt man einfach: „Spiel mir ein Lied von...“, und der Fernseher wird zur Musikbox. Dies alles wollen die Senior-Technik-Botschafter den Seniorinnen und Senioren zeigen. Das Törpiner Forum hat alle relevanten Firmen (Google, Apple, Amazon) angeschrieben, weil das am besten mit einem Info-Bus geht, den es zu finanzieren gilt. Die Senior-Technik-Botschafter wollen sich damit an Einkaufszentren, auf Marktplätzen und an Bahnhöfen aufstellen, um möglichst viele Personen über diese und die AAL-Technik zu informieren. Nun hoffen wir auf Unterstützung.

*Helmut Pratzel, Kreissenorenbeirat
Mecklenburgische Seenplatte*

Eindrücke vom 12. Seniorentag in Dortmund

Brücken bauen – unter diesem Motto stand der 12. Seniorentag Ende Mai in Dortmund. Vertreter des Kreissenorenbeirats Mecklenburgische Seenplatte und des Seniorenbeirats Neubranden-

burg hatten die Gelegenheit, mit Unterstützung des Landkreises sowie der Stadt Neubrandenburg an diesem Höhepunkt, der alle drei Jahre stattfindet, teilnehmen zu können.

Schon die Festveranstaltung zur Eröffnung mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der Bundesminis-

Fortsetzung auf Seite 34

Fortsetzung von Seite 33

terin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Franziska Giffey, war ein großer Moment dieser Tage, die durch viele Einzelveranstaltungen, Foren, Rundtischgespräche und Workshops geprägt waren. Der BAGSO-Vorsitzende Franz Müntefering stellte zur Eröffnung der Festveranstaltung fest: „Brücken verbinden. Brückennenden sind immer auch Brückenanfänge. Brücken sind das Gegenteil von Mauern. Brücken führen zueinander: Generationen, Dorf und Stadt, Neues und Altes, Zuwanderer und Einheimische, Leise und Laute, Mutige und Furchtsame Hilfsbedürftige und Hilfsbereite. Menschen zu Menschen. Wie man Brücken baut und wie man Brücken nutzt? Darüber wollen wir uns vielfach austauschen“. Und genau das konnten wir miterleben. Der Bundespräsident ging in seiner Rede vielfach auf das Thema Pflege ein und konnte in seiner Rede feststellen: „Die Älteren bildeten ‚das Rückgrat‘ der Ehrenamtlichen. Mit Blick auf



Horst Ungelenk, Günter Schult, Ottomar Blum und Peter Lundershausen auf dem 12. Deutschen Seniorentag in Dortmund (v.l.n.r.) Foto: pl

die Herausforderungen in der Pflegepolitik forderte er, dass die pflegenden Berufe endlich die verdiente Wertschätzung erhalten. „Ich hoffe, dass das Wort ‚Pflegenotstand‘ nicht dauerhaft zum deutschen Sprachgebrauch gehören muss“.

Auch die Familienministerin sagte: „Viele Seniorinnen und Senioren bauen Brücken, denn sie engagieren sich oft ehrenamtlich in ihrem Heimatort. Vor allem in kleinen Städten und in ländlichen Gegenden sind es oft Ältere, die die Vereine tragen und in der Kommu-

nalpolitik aktiv sind. Außerdem kümmern sie sich um ihre Enkelkinder und pflegen oft auch den Partner oder die Partnerin. Der Deutsche Seniorentag macht sichtbar, was ältere Menschen in unserer Gesellschaft leisten – und dass es ohne sie nicht geht.

Die Seniorenmesse bot an allen drei Tagen mit 215 Ausstellern auf 10.000 Quadratmetern ein abwechslungsreiches Angebot rund um das Thema „Älter werden“. Fachleute berieten zu Themen, wie Gesunderhaltung und Ernährung, Vorsorgemöglichkeiten und barrierefreie Wohnraumgestaltung, Digitalisierung sowie neue Medien und Technik. Außerdem zeigten Tanzgruppen, unter anderem auch mit Rollstühlen oder Rollatoren, wie vielfältig das Seniorenleben noch sein kann – wenn man sich auf irgendeine Weise beteiligt. Mit viel neuem Wissen, jeder Menge Informationsmaterial, aber auch gestärkt für neue Aufgaben, traten wir nach vier anstrengenden, aber erlebnisreichen Tagen unsere Rückreise wieder an.

pl

LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN

Mit einem Konzept tut sich die Stadt sehr schwer

Die 16. Sitzung des Seniorenbeirats am 21. Juni im Stadthaus hatte als wichtiges Thema die Zusammenarbeit des Beirats mit Seniorenheimen. In zwei Vitanas-Pflegeheimen, am Adam-Scharrer-Weg und im Casino in der Pfaffenstraße, ist der Seniorenbeirat an Sitzungen der Heimvertretung beteiligt. Antje Werth und Walter Heinrich als Vertreter berichteten von einer angenehmen Zusammenarbeit. Es wird daran gearbeitet, dass dies auch bei weiteren Seniorenheimen möglich wird. So findet die nächste Sitzung des Seniorenbeirats auch wieder in einem Pflegeheim statt. „Warum nehmen sich so viele ältere Menschen das Leben?“ wird das Hauptthema dieser Sitzung sein. Als Referentin konnte Prof. Dr. med. Jacqueline Höppner, Chefärztin



Seniorenbeiratssitzung in Schwerin

tin der Klinik für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie an der Helios-Klinik gewonnen werden. Derzeit entfallen 45 Prozent aller Suizidfälle auf die Altersgruppe 60 plus.

Ein weiteres Thema, das den Beirat seit

langem beschäftigt, ist die Erstellung eines seniorenpolitischen Konzepts für Schwerin. Die Stadt tut sich damit sehr schwer. Aber auf Druck des Seniorenbeirates entwickelt sich diese Arbeit langsam. Zu diesem Thema ist ein Workshop geplant. Die Berichte aus den Ortsbeiräten zeigen unterschiedliche Probleme: Einbrüche, Verwilderung von Kleingärten, Lärmbelästigung durch Grillen, Feiern, Feuerwerkskörper. Der neue Fahrradweg am Lankower See nimmt Gestalt an. Doch schon jetzt, bevor er freigegeben ist, wird er zum Teil als Rennstrecke benutzt, und ältere Bürger haben es häufig schwer, den Radfahrern auszuweichen.

Walter Heinrich
Seniorenbeirat Schwerin

Wortmeldung: Wo stehen wir Alten eigentlich?

„Immer wieder geht es in Beiträgen im Seniorenkurier um Wertschätzung und Teilhabe Älterer in der Gesellschaft“, schreibt uns unsere langjährige, aufmerksame Leserin Sabine P. aus Schwerin. „Immer öfter aber erfahre ich das Gegenteil.“ Als Beispiel nennt sie Anrufe von Firmen oder Unternehmen, die telefonische Um-

fragen veranstalten und dazu die Beantwortung verschiedener Fragen erwarten. „Ich habe es mir jetzt angewöhnt, zuerst selbst rückzufragen, um welche Altersgruppe es sich bei der Befragung handele. Die Antwort lautet: ‚Von 18 bis 70‘ (oder früher). Wenn ich dann mein Alter nenne, das darüber liegt, kommt – oft un-

höflich kurz und knapp – der Satz: ‚Nein, danke, Sie gehören nicht mehr dazu!‘ Sabine P. ihrerseits ist ernüchert, eigentlich gekränkt: „Wo bleiben Wertschätzung und Teilhabe? Sind das bloß Floskeln? Stehen wir Älteren wirklich am Rand des Interesses? Was sagen die Seniorenbeiräte in Stadt und Land dazu?“ ■

LANDKREIS LUDWIGSLUST-PARCHIM

Lübtheen: 90 Jahre Pflegeheim

Für mehr Anerkennung und Würdigung der sozialen Arbeit in der Alten- und Behindertenhilfe hat sich Sozialministerin Stefanie Drese beim Besuch der Alten- und Pflegeheim Lobetal gGmbH in Lübtheen ausgesprochen. „Mir ist es sehr wichtig, dass bei allen Herausforderungen das Thema Pflege nicht immer nur mit negativen Etiketten behaftet wird. Das wird in keiner Weise den im Pflegebereich arbeitenden Menschen, den pflegenden Angehörigen und ehrenamtlich Engagierten gerecht“, sagte sie. Das Heim besteht seit seiner Gründung 90 Jahre. Im Landkreis Ludwigslust-Parchim sind



fast 10.000 Personen pflegebedürftig – 1000 mehr als 2011. Die Zahl dürfte in den nächsten Jahren noch deutlich steigen. „Die Alten- und Pflegeheim Lobetal gGmbH trägt durch den stetigen Ausbau ihres Service- und Betreuungsangebots in der stationären und ambulanten Pflege, wie der Kurzzeit- und Verhinderungspflege, in der Tagespflege, im Betreuten Wohnen sowie durch das Essen auf Rädern maßgeblich zur Abdeckung des Pflege- und Betreuungs-

bedarfs im Landkreis bei“, hob Ministerin Drese hervor. Dieses umfassende Leistungsspektrum sei sehr beachtlich und etwas Besonderes. Die pflegerische Arbeit orientiere sich an den individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Bewohner und werde damit den modernen Anforderungen in der pflegerischen Versorgung gerecht. Um die Selbstständigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner möglichst lange zu erhalten, zu fördern und, wenn möglich, wiederherzustellen, werden Krankengymnastik, moderne Bewegungstherapie, Sturzprophylaxe und spezielle Wahrnehmungstrainings angeboten. ■

Einige Sportlerinnen wurden „Wiederholungstäter“



„Mach mit, treib Sport, bleib fit“ – das war das Motto der Sportwoche für Senioren und Junggebliebene, die der Seniorenbeirat Ludwigslust vom 11. bis 15. Juni organisiert hatte. Täglich gab es eine Stunde Sport im Freien. Jeden Tag war eine andere Sportgemeinschaft mit ihren Teilnehmern federführend. Am Montag leitete Andrea Möller die Gymnastikgruppe des Behindertenverbands,

Dienstag übernahm Peter Tiedemann vom Rehasport der SV 04 Groß Laasch die Regie, außerdem unterstützte die Krankenkasse IKK mit dem Gesundheitscheck und einem Leckerli. Die 82-jährige Frau Leubert tanzte am Mittwoch mit den Teilnehmern. Sie begann mit einem Lied und erklärte couragiert die einzelnen Tanzschritte – es wurde ein fröhliches Zusammentanzen. Am Donnerstag gab es Nordic Walking mit der AOK, und es wurde geradelt mit Unterstützung von Frau Ehricke aus der Stadtverwaltung. Am Freitag ging es noch einmal um Gymnastik und Spiel. Über 200 Teilnehmer haben wir insgesamt gezählt. Täglich erwartete die Sportler Wasser und ein Vitaminchen – liebevoll von den



Mitgliedern des Seniorenbeirats hergerichtet. Gemeinsam macht Sport Spaß, und es wurde auch viel gelacht. Sogar der Ehrgeiz wurde geweckt, so dass einige Sportlerinnen zu „Wiederholungstäter“ wurden. Schon jetzt steht fest: All das wird im nächsten Jahr wiederholt.

Therese Holm
Vorsitzende des Seniorenbeirats

LANDKREIS ROSTOCK

Was im Mai und Juni in Krakow geschah



Von links: Astrid Dettmer, Birgit Niendorf, Carola Poleratzki, Gisela Schröder, Wolfgang Fentzahn, Ministerin Katy Hoffmeister und Meinhard Dittwald

Jürgen Poleratzki, Ehrenvorsitzender des Seniorenbeirats Krakow am See, sandte uns wieder seinen Monatsbericht:

Der Mai hatte viele Termine im Arbeitsplan. Es begann mit der Einladung der Hausdame vom Betreuten Wohnen der Volkssolidarität, Birgit Niendorf, zum 20-jährigen Bestehen von „Haus Waldesblick“. Für sie und das Pflegepersonal bedeuteten die zahlreichen Besucher eine hohe Wertschätzung. Die Landtagsabgeordneten Torsten Renz, Nils Saemann, der Amtsvorsteher Wilfried Baldermann, der Ehrenvorsitzende des Seniorenbeirats, Jürgen Poleratzki, und Angehörige der Bewohner überbrachten nicht nur Glückwünsche, sondern überzeugten sich auch von den Leistungen der Mitarbeiter und dem Sich-wohlfühlen der Hausbewohner. Leider waren an diesem Tag kein Bürgermeister, kein Stellvertreter oder Stadtvertreter anwesend. Diese Einrichtung und in diesem Zusammenhang auch der „Seniorenweg“ stellen Großartiges dar im Sinne der „Seniorenfreundlichen Stadt“. Das allein verdient es, gewürdigt zu werden.

Ein weiterer Höhepunkt für den Beiratsvorstand war die Auswertung des Generationendialogs. Das Konzept

dazu wurde für die Jahre 2018 und 2019 erarbeitet und von den Mitgliedern des SBR Ende des Monats beschlossen. Die Teilnahme am Bürgerempfang nahmen wir dankend an – eine Veranstaltung, die den Künstlern und Kulturschaffenden gewidmet war. Am 25. Mai besuchte die Justizministerin Katy Hoffmeister den Vorstand des Seniorenbeirats und dabei auch das „Haus Waldesblick“. Von der Harmonie und Zufriedenheit hier war sie überzeugt.

Astrid Dettmer, Mitglied im Vorstand des SBR, organisierte eine Busreise nach Hamburg mit Hafenrundfahrt und Besichtigung der Elbphilharmonie. Auf der Beiratssitzung am See beim Rudersportverein sprach die Vorsitzende Gisela Schröder zu aktuellen Themen, und Stefan Zopf, Betreiber des Solarschiffs „Lena-Manuela“ gab Auskunft über sein Unternehmen. Franziska Frischgesell, Kulturbefragte der Stadt, informierte zum „Stadtfest“ und zu „Musik am See“.

*

Landwirt Michael Bock aus Groß Grabow lud die Vorstandsmitglieder zum Sommerfest mit gemeinsamer Kaffeetafel, Musik und Gespräch, dazu Leckeres vom Grill, ein. Einen Tag später erfolgte die letzte Abstimmung zum ersten Seniorentag am 25. Juni. Ein besonderes Erlebnis bot für die



Gemeinsame Ausfahrt mit der „Lena-Manuela“

Mitglieder des Seniorenbeirats eine Schifffahrt mit „Lena-Manuela“ auf dem Krakower See. Kapitän Marcel Sperling versorgte uns mit Kaffee, Karin Roloff mit Kuchen. Höhepunkt war natürlich der eben erwähnte erste Seniorentag auf dem Kirchplatz. Unter dem Motto „Zusammen für Krakow am See“ wollten wir uns mit vielen Darstellern vorstellen. Das Ereignis erfüllte sein Ziel mit hohem Niveau und nachhaltig. Die Resonanz der Anwesenden, aber auch der Presse, bestätigen unsere Auffassung. Herrn Sch. (Name bekannt) sei auf seine kritische Bemerkung, „alles sei nur eine Showveranstaltung gewesen“, geantwortet: Der Seniorenbeirat und die 18 Darsteller sind, wie die Stadt und das Amt, in ihrem Wirken in erster Linie auf das Wohl der Seniorinnen und Senioren bedacht, und dazu gehört auch Geselligkeit und Fröhlich sein.

Letzter Juni-Termin: Um Sauberkeit und Friedhofskultur ging es bei einer Zusammenkunft von Beiratsvorsitzender und Ehrenvorsitzendem. Eine gemeinsame Begehung ist für September vorgesehen. Die nächste Beiratssitzung findet nach der Sommerpause in der Synagoge statt. Als Gast ist der Bürgermeister eingeladen. ■



Reges Treiben auf dem ersten Seniorentag

Erster Markttag in Broderstorf

In Broderstorf im Landkreis Rostock gibt es ein Gemeinschaftshaus, das vielfältig genutzt wird. Zu den Interessierten gehört auch eine Gruppe von Seniorinnen und Senioren, die Unterstützung, Anleitung und Ideenfindung durch Edith Schröder erhält. Von einer der jüngsten Aktivitäten in diesem Treffpunkt berichtet sie: „Am 16. Juni um 10 Uhr war es endlich soweit. Wir bauten früh unsere Ausstellungstische auf. Auch Bänke und Tische zum Verweilen und ein kleiner Imbiss und / oder ein Getränk fehlten nicht. Zu kaufen gab es: Bücher über jedes Interessengebiet, handgefertigte Kunstgegenstände – Betonskulpturen, bemalte Steine und liebevoll verzierte Gießkannen – Handarbeiten in Form



Edith Schröder präsentiert das Angebot.

von gestickten Decken, besonderen Socken sowie Babyschuhchen, Keramik in verschiedenen Ausführungen als Schale oder Vase. Natürlich fehlten auch Schmuck, Taschen und hübsche Blusen nicht. Abgerundet wurde das

Angebot durch Pflanzen, Blumen und auch Imkereierzeugnisse, wie Honig, Bonbons und Kerzen. Für das leibliche Wohl der Besucher sorgten Würste, gegrilltes Fleisch, Bier, Limonade sowie Kaffee und Kuchen.

Schon pünktlich um 10 Uhr kamen die ersten Gäste. Interessiert wurden unsere Angebote in Augenschein genommen, und so manches Stück wechselte den Besitzer, was uns sehr erfreute. Auch Essen und Trinken wurden gut angenommen. Es war zu erkennen, dass es unseren Gästen schmeckte. In den geplanten zweieinhalb Stunden hatten alle Anbieter gut zu tun. Das übertraf alle unsere Erwartungen. Wegen dieser guten Resonanz werden wir den zweiten Markttag bald folgen lassen. ■

LANDKREIS VORPOMMERN-RÜGEN

„Fest der Generationen“: Senioren packten mit an

Bei herrlichem Wetter strömten fast 1.000 Besucher in den Stralsunder Zoo um beim „Fest der Generationen“ dabei zu sein. Der Seniorenbeirat der Hansestadt Stralsund und das Team des Zoos veranstalteten ein Fest für die ganze Familie. Ein unterhaltsames Bühnenprogramm, Angebote für die Kinder, Informations- und Verkaufstände waren vorbereitet. Die große Tier- und Flugschau begeisterte Jung und Alt. Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hatte die Schirmherrschaft übernommen. Der Staatssekretär für Vorpommern Patrick Dahleemann überbrachte die Grüße und betonte in seiner Rede die Wichtigkeit des ehrenamtlichen Engagements für unsere Gesellschaft.

Der erste in Mecklenburg-Vorpommern gegründete Seniorenbeirat, hob er hervor, habe in der Hansestadt wieder mit viel Leidenschaft und Hingabe ein wunderbares Fest für alle Generationen vorbereitet. „Dafür danke ich sehr herzlich. Wie in Stralsund warten



Viele Stralsunder packten mit an.

überall im Land Seniorinnen und Senioren nicht, dass etwas passiert. Sie legen nicht die Hände in den Schoß, sondern packen selbst mit an, sorgen für Zusammenhalt und dafür, dass sich die Generationen neugierig begegnen. Mit diesem Engagement sind die Seniorenbeiräte Vorbild für uns alle und enge Partner der Politik.“

Der Höhepunkt des Tages war die feierliche Eröffnung des Projekts „Ein Garten für alle“. Seit Januar arbeiteten Mitglieder des Seniorenbeirats und interessierte Seniorinnen und Senioren

der Stadt unter dem Motto „Gartenglück – Gemeinsam gärtnern macht stark“ an der Verwirklichung dieses Vorhabens. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Besucher sprachen sich lobend über das geschaffene Kleinod im Zoo aus. Der Landschaftspflegeverband „Mecklenburger Endmoräne e.V.“ verlieh für das ökologische Gärtnern die Plakette „Natur im Garten – Gesund halten, was uns gesund hält“. Die Auszeichnung zierte nun die rund 90 Jahre alte restaurierte Gartenlaube. Hier ist ein Ort der Begegnung für alle Generationen entstanden. Die „KinderGärtner“ des Montessori-Kinderhauses aus Stralsund-Grünhufe sind voller Freude und schon aktiv dabei. Aber auch Familien, Kindergruppen und Senioren nutzen den Garten zum Verweilen. Unterstützer des Projekts sind Zoo-Direktor Dr. Christoph Langner und seine Mitarbeiter, die Landschaftsarchitektin Silke van Ackeren sowie Garten-

Fortsetzung auf Seite 38

Fortsetzung von Seite 37

und Landschaftsbaubetriebe aus Stralsund, die im Sponsoring Hochbeete bauten. Finanzielle Hilfe gaben der Förderverein Seniorenbeirat Stralsund, die Norddeutsche Stiftung für Umwelt

und Entwicklung, die Ehrenamtsstiftung, die Landesregierung sowie die Sparkasse Vorpommern.

Jeder Kleingärtner weiß: Ein Garten wird nie fertig. So ist es auch bei diesem Projekt. Der Wegebau ist noch zu realisieren, eine Rundbank muss noch

gebaut werden, Beerensträucher sind zu pflanzen. Es sind auch wieder Fachvorträge und Workshops in Planung. Die Akteure haben noch viele Ideen. Wer Lust zum Mitmachen bekommen hat, ist gern gesehen.

Giesela Müller

LANDKREIS VORPOMMERN-GREIFSWALD

Einladung zum Blick hinter die Kulissen

Eine Einladung nach Schwerin zum Landtag erhielt der Seniorenbeirat der Hanse- und Universitätsstadt Greifswald von Dr. Mignon Schwenke, Mitglied der Bürgerschaft und 2. Vizepräsidentin des Landtags. Begleitet wurden wir von ihrem Mitarbeiter Daniel Seiffert. Zum Programm gehörten die Teilnahme an einer Plenarsitzung als Zuhörer von der Zuschauertribüne und ein Rundgang durch das Schloss. Den Auftakt machte für alle Teilnehmer eine Sicherheitskontrolle durch ein mit Metalldetektoren bestücktes Tor, bei der auch die Handtaschen geröntgt wurden. Endlich befanden wir uns alle im Gebäude. Antje Lück, Mitarbeiterin im Besucherdienst des Landtags, gab uns eine sehr umfassende Einführung in die Aufgaben, die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Landtags. Allein schon das direkte Miterleben einer De-



Die Greifswalder Senioren vor dem Landtag

batte der Abgeordneten war schon diese Reise wert. Es folgte eine lockere Gesprächsrunde mit Frau Dr. Mignon Schwenke, bei der etliche Fragen gestellt und auch beantwortet wurden. Nach dem gut schmeckenden Mittag-

essen und der Schlossbesichtigung traten wir wieder die Heimreise an. Allgemein war die Resonanz positiv, und wir gaben Herrn Seiffert gern ein Dankeschön an Frau Dr. Schwenke mit.

Seniorenbeirat Greifswald

BIO liegt durchaus im Trend

Mitglieder des Seniorenbeirats Greifswald trafen sich zu einer Betriebsbesichtigung bei der Firma MARTINS BIO GmbH Greifswald. Begrüßt wurden wir vom Geschäftsführer Martin Nätscher. Er führte uns durch die Produktionsstätten des Unternehmens und erzählte uns viel Wissenswertes. Die Firma existierte seit 2017 unter dem Namen BIO am Sund GmbH und benannte sich im Februar dieses Jahres in MARTINS BIO GmbH mit Standort Greifswald um. Es war erstaunlich, welche Früchte hier verarbeitet und reine Bio-Produkte, sei es getrocknet oder als Saft, daraus her-



Die Mitglieder des Seniorenbeirats mit Martin Nätscher (2. von rechts)

gestellt werden. Was uns besonders gefiel, war das an etlichen Flächen in den Räumen dargestellte Logo des Un-

ternehmens: „Qualität, Vertrauen, Fairness, Loyalität, Respekt“.

Im Anschluss an die Führung stellte uns Herr Nätscher nicht nur einen Raum für die Mitglieder-versammlung zur Verfügung, sondern versorgte uns außerdem sowohl mit Kaffee als auch Bio-Getränken aus eigener Produktion – eine sehr nette Geste, über die wir uns alle freuten und ihm dankten. Einen kleinen Umsatzschub gab es, da wir nach der Besichtigung im firmeneigenen Laden Waren aus der Produktion käuflich erwarben.

Seniorenbeirat Greifswald

LANDKREIS NORDWESTMECKLENBURG



Zwei verschiedene Ansätze – ein Ziel

Innerhalb der Pflegesozialplanung im Landkreis wurde Ende Juni in Grevesmühlen ein Workshop mit Gästen aus der Verwaltung, Mitgliedern aus Vereinen und Verbänden sowie Mitarbeitern aus den ambulanten Pflegediensten durchgeführt. Es ging um Demenzerkrankungen, die nicht nur das Leben der Betroffenen selbst, sondern auch das der Angehörigen beeinflussen. Katja Zarm und Janine Grundmann-De Simone stellten die Arbeit des Landesverbands MV der Deutschen Alzheimer Gesellschaft vor. Das Modellprojekt „Aufbau von Helferkreisen“ lief bis zum 30. Juni, und genau am Tag des Workshops wurde dem Verein mitgeteilt, dass die Projektförderung um drei Jahre verlängert worden sei. Die Arbeit der Ehrenamtlichen soll dabei der Entlastung der Familien dienen. Nach vor-

her abgestimmtem Einsatzplan erfolgt die Betreuung; pro geleistetem Einsatz gibt es eine Aufwandsentschädigung. Regelmäßig bedarfsgerechte Schulungen und Erfahrungsaustausche erleichtern die Arbeit des Helferkreises. Landtagsabgeordneter Jörg Heydorn stellte die Arbeit der Comtact GmbH, deren Gesellschafter er ist, vor. Das Unternehmen baute neben anderen Arbeitsgebieten drei Helferkreise auf; in Schwerin, Ludwigslust und Parchim.

Aus den Vorträgen ging hervor, dass es sich um zwei verschiedene Ansätze handelt, die die gleiche Zielsetzung verfolgen. Die Arbeit der Ehrenamtlichen ist in der Projektförderung verankert und bei der Comtact GmbH über Regelfördermittel und Beträge finanziert. In der Diskussion bemängelten besonders die Mitarbeiter der ambulanten Pflege-

dienste, dass sie durch eine gesetzliche Vorgabe gerade im ländlichen Raum mit großen Herausforderungen konfrontiert werden. Beim Pflegegrad 1 sind Betreuungsleistungen vorgesehen, die allerdings sehr oft für hauswirtschaftliche Dienste verwendet werden. Dieser Fehlentwicklung sollte gegengesteuert werden. Begrüßt wurde die von der Landesregierung vorgesehene Einführung der Nachbarschaftshilfe – schon heute bieten viele ihren Nachbarn Unterstützung an. Neu ist künftig eine Schulung dazu. Ehrenamtliche Strukturen müssen wachsen; sie benötigen Zeit. Ehrenamtliche Helfer brauchen Ermutigung, direkte und wiederholte Ansprache und besonders auch fortlaufend Begleitung und gesellschaftliche Anerkennung. Aber auch das Ehrenamt muss honoriert werden.

Karin Lechner

Alles über Europa in der Hansestadt

Seit April ist in mehreren Städten das Europe Direct Informationszentrum MV mit seiner kostenlosen Beratung präsent. Im Raum 28 des Rathauses in Wismar beantworteten Mandy Kröpelin und ihre Mitarbeiter vom Verein Europäisches Integrationszentrum Fragen rund um die EU, zur Europäischen Kommission, zu Europaabgeordneten, Austauschprogrammen und Städtepartnerschaften. Die Europäische Kommission und das Innenministerium in Schwerin unterstützen das mobile Büro finanziell.

Derartige „Flying offices“ (Fliegende



Karin Lechner, Mandy Kröpelin, Horst Adom und Manuela Nadia im mobilen Büro

Büros) gebe es europaweit, und Mecklenburg Vorpommern als Flächenland sei dabei ein Vorreiter, betonte Jascha Dopp vom Europäischen Ministerium bei der offiziellen Eröffnung in der Hansestadt. Bürgermeister Thomas Beyer machte in seiner Rede deutlich, dass wir durch die Europäische Union weit mehr Vorteile genießen, als uns bewusst ist; sie seien uns einfach selbstverständlich geworden. Besonders Schulklassen sind zum Besuch der Informationsstelle eingeladen, wo sie ihre Fragen loswerden können.

kl

14. Symposium im „Haus am Bibowsee“

Mitglieder kommunaler Seniorenbeiräte sowie Vereinsmitglieder aus Nordwestmecklenburg verfolgten unlängst in Nisbill im „Haus am Bibowsee“ gespannt den Ausführungen kompetenter Referenten auf dem diesjährigen, dem 14. Gerontopsychiatrischen Symposium. Es

ging um Veränderungen der Gedächtnisleistungen mit zunehmendem Alter, um Sexualität und Demenz. In der Moderation von Dr. Bernd Sponheim, dem Chefarzt der Klinik für Psychiatrie und Psychosomatik am Sana Hanse-Klinikum Wismar, referierten Prof. Dr. Friedel

M. Reischies, Chefarzt i. R. der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie an der Berliner Friedrich-von-Bodenschwingh-Klinik, und Oberarzt Prof. Dr. Torsten Kratz vom Evangelischen Krankenhaus

Fortsetzung auf Seite 40

Fortsetzung von Seite 39

Berlin. Landrätin Kerstin Weiss eröffnete das Symposium. Unter den Teilnehmenden befand sich auch die Landtagsabgeordnete Martina Tegtmeier. Die Beschäftigung und der Umgang mit dem Bedürfnis nach Nähe und Sexualität von an Demenz erkrankten Menschen und deren Angehörigen wird in der Gesellschaft noch immer tabuisiert und stig-

matisiert. Prof. Dr. Reischies verdeutlichte den normalen Altersprozess und den späteren Übergang zu eventueller Demenz. Aus der Feststellung „Ich vergesse immer mehr“ komme es allmählich zum Grübeln und danach zur Depressivität. „Bin ich schon dement oder nur vergesslich?“ – darüber wurde intensiv diskutiert. Auch das Thema „Sexualität bei Demenz“ brachte viel Interessantes und Neues. Prof. Dr. Kratz wies dabei auf

die so genannten Enthemmungsphänomene und deren Vermeidung durch nichtmedikamentöse Therapieverfahren hin. Ein Dankeschön gilt besonders der PWG Pflege- und WiedereingliederungsgGmbH als Träger des „Hauses am Bibowsee“, die – wie in jedem Jahr – die Veranstaltung gut organisiert hatte. Die Teilnehmenden wurden ab Marktplatz Wismar abgeholt und wieder zum Heimatort zurückgebracht. *kl*

Viele Gespräche beim Sommerfest in Bad Kleinen

Mit sehr viel Liebe und großem Einsatz feierte die Stadt Bad Kleinen am 30. Juni ihr jährliches Sommerfest am See. Als Vertreter des Kreissenorenbeirats waren Reinhardt Dopp aus Bobitz und ich eingeladen. Herr Dopp lag zu dieser Zeit leider im Krankenhaus, so dass ich allein vor Ort war und viele Gesprä-

che führte. Erfreulich war zu hören, dass man im Amtsbereich Dorf Mecklenburg – Bad Kleinen gewillt ist, einen Seniorenbeirat zu bilden. Dr. Sabine Stibbe, Vorsitzende des Sozialausschusses, konnte ich in der Vorbereitung dazu die notwendigen Schritte erklären und Unterlagen überreichen.

Als alte Eisenbahnerin war es schön, ehemalige Eisenbahner zu treffen, mit denen ich früher als Betriebsrat arbeitsmäßigen Kontakt hatte. An einem Stand wurden Obst und Gemüse aus eigener Ernte verkauft.

Karin Lechner

Lobenswert: Eine Bank zum Ausruhen

Der Seniorenbeirat in Boltenhagen, deren Vorsitzende Brigitta Hilscher ist, machte sich Gedanken, wie man mehr Sitzgelegenheiten in Form von Bänken an den Einkaufszentren des Ortes schaffen könne. Viele ältere Kunden sind froh, sich eine Weile vor den Verkaufsstätten hinsetzen und sich erholen zu können. Frau Hilscher gelang es, mit Hilfe von Geldspenden eine Bank an der Küste von Boltenhagen aufstellen zu lassen. Nun können dort die Menschen in aller Stille ihren



Brigitta Hilscher auf der neuen, gesponserten Bank

Gedanken freien Lauf lassen und Ruhe zu finden.

Der Seniorenbeirat der Kreisstadt Wismar ist von dieser Initiative so begeistert, dass nun Gespräche mit den großen Einkaufsmärkten geführt werden, die an ihren Verkaufsflächen noch keine Sitzmöglichkeiten bieten. Das Ziel ist, außerhalb der Verkaufsstelle eine Bank aufzustellen. Besonders die älteren Käufer würden es danken!

Karin Lechner

Tips für Ehrenamtliche

Wie können Ehrenamtliche ältere Menschen individuell zu Hause unterstützen, damit diese länger selbständig leben und eine eventuell notwendige rechtliche Betreuung erst später einsetzen muss? In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Betreuungsrechtliche Praxis“ berichtet die Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. über ihre Erfahrungen in dem vom Bundesfamilienministerium geförderten Projekt „SelbstBestimmt im Alter! – Vorsorge-Unterstützung im Team“.

Abteilung für Senioren

Hinter Gittern sitzen auch immer mehr alte Menschen. Die Anzahl der über 60-jährigen Straftäter hat sich in den vergangenen Jahren verdoppelt. Die Gefängnisse stellen sich darauf ein mit offenen Türen, Haltegriffen im Bad und zusätzlicher Matratze. In Rheinbach (NRW) gibt es sogar eine Abteilung für Senioren. Dort leben Mörder, Bankräuber und Schwarzfahrer. Die meisten haben noch einige Jahre Haft vor sich. Nach der Entlassung sollen sie ihr restliches Leben ohne Straftaten führen.

Gemeinsame Erklärung der 117 BAGSO-Verbände

Pflege und Engagement waren zentrale Themen des 12. Seniorentages

„Das Thema Pflege wurde zum Thema Nummer eins des 12. Deutschen Seniorentages. Wir fühlen uns ermutigt, aufs Tempo zu drücken: Das gilt für die Pflege zu Hause und die Pflege in Heimen.“ BAGSO-Vorsitzender Franz Müntefering betonte dies zum Abschluss der dreitägigen Veranstaltung in Dortmund. „Die Politik ist aufgefordert, klar und zielführend festzu-

legen, wie in konkreten Schritten bis zum Jahr 2020 die Zukunftsfähigkeit der Pflege wiederhergestellt wird.“ In einem gemeinsamen Positionspapier, der „Dortmunder Erklärung“, ermutigen die 117 BAGSO-Mitgliedsverbände Menschen jeden Alters, auf andere zuzugehen, sich für das Gemeinwesen zu engagieren und Teil einer solidarischen Gesellschaft zu sein: „Gerade

in Zeiten wachsender populistischer Strömungen sehen wir im Zusammenhalt zwischen Menschen unterschiedlicher Generationen, Herkunft und Lebenssituationen eine unverzichtbare Voraussetzung für eine lebendige Demokratie.“

Rund 15.000 Menschen hatten die Veranstaltung Ende Mai besucht; die Seniorentage finden alle drei Jahre statt. ■

Der besondere „Euroschlüssel“

Ein Türöffner, der Zugang zu mehr als 12 000 Toiletten ermöglicht

Damit Behindertentoiletten wirklich nur von denen genutzt werden, die diese dringend brauchen, gibt es einen speziellen Türöffner: den „Euroschlüssel“. Der Club Behinderter und ihrer Freunde (CBF) aus Darmstadt verkauft ihn bereits seit 1986. Das Schließsystem ist nicht nur deutschlandweit zum Standard geworden, es gibt ihn auch in Österreich und in der Schweiz. Menschen mit körperlichen Einschränkungen können mit einem Einheitsschlüssel selbstständig und kostenlos Zugang

zu behindertengerechten WC-Anlagen an Autobahnen, in Bahnhöfen, in Fußgängerzonen, Museen und Behörden finden. Der Schlüssel wird für den Einkaufspreis von 20 Euro verkauft, im Paket mit dem Behindertentoilettenverzeichnis „Der Locus“ kostet er 27 Euro. Der Türöffner, der bei mehr als 12 000 Toiletten in Deutschland und Europa passt, darunter allen Behindertentoiletten an deutschen Autobahnen, wird ausschließlich Menschen ausgehändigt, die auf behindertengerechte

Toiletten angewiesen sind. Interessenten müssen bei der Bestellung stets eine Kopie ihres Schwerbehindertenausweises einreichen, der bestimmte Kriterien erfüllt. Betroffene ohne diesen Ausweis können die Kopie eines Arztberichtes oder eine ärztliche Bescheinigung vorlegen.

Bestelladresse: Club Behinderter und ihrer Freunde in Darmstadt e. V., Pallwiesenstraße 123a, 64293 Darmstadt, Tel.: 06151 – 81220 oder www.cbf-darmstadt.de *Siegfried Schwinn*

Soziale Einbindung stärkt Lebenszufriedenheit

Studie belegt: Die Wohnregion wirkt sich auf das Engagement Älterer aus

Wenn Menschen älter werden, gewinnt die Wohnregion an Bedeutung. Dies gilt auch bei der Ausübung von Engagement. Die Gelegenheiten sich zu engagieren, die zuvor durch den Job bestanden, fallen weg. Unter Umständen verringert sich auch der Mobilitätsradius. Und die langjährige Verbundenheit mit dem Wohnort kann den Wunsch, sich gerade hier zu engagieren, bestärken. Ob sich ältere Menschen dann tatsächlich ehrenamtlich beteiligen, hängt auch von der Infrastruktur in der Wohnregion ab.

Freiwilliges Engagement ist eine wichtige Facette sozialer Teilhabe. Es kann im Alter zunehmend dazu beitragen, dass sich Menschen weiterhin am öffentlichen Leben beteiligen. Es befördert die soziale Einbindung und wirkt sich auf die Lebenszufriedenheit aus. Ob sich Personen auch im Alter noch für andere engagieren wollen und können, hängt u. a. von ihrer Gesundheit, ihrer Bildung und ihrer finanziellen Situation ab. Aber auch die Wohnregion mit mehr oder weniger guten Gelegenheitsstrukturen und Hand-

lungsräumen für freiwilliges Engagement spielt hier eine Rolle.

Analysen mit Daten des Deutschen Freiwilligensurveys, der die Charakterisierung von Wohnregionen etwa anhand des Bruttoinlandsproduktes (BIP) erlaubt, zeigen: In Wohnregionen, die wirtschaftlich gut aufgestellt sind, engagieren sich Menschen ab 65 Jahren häufiger als in Regionen, die finanziell eher schlecht dastehen. Mit einer guten finanziellen Ausstattung

Fortsetzung auf Seite 42

Fortsetzung von Seite 41

tung der Wohnregionen gehen in der Regel mehr Möglichkeiten für Ältere einher, sich zu engagieren als in wirtschaftlich schwachen Regionen.

Insbesondere ältere Menschen, deren eigene finanzielle Situation schlecht ist, sind von fehlenden Gelegenheiten für freiwilliges Engagement betroffen: Sie engagieren sich besonders selten, wenn sie zudem in Wohnregionen leben, die finanziell schlecht ausgestattet sind.

Umgekehrt fördert es das Engagement finanziell schwächerer Personen, wenn die Einkommenssituation

in der Region insgesamt gut ist. „Beides macht deutlich, wie wichtig die durch die Kommunen geschaffenen Rahmenbedingungen für das Engagement älterer Menschen sind. Regionen können durch eine gute Infrastruktur, öffentlichen Personennahverkehr und eine Kultur der Partizipation viel dazu beitragen, dass Ältere – auch finanziell schwächere Personen – sich engagieren und teilhaben können“, sagt Dr. Claudia Vogel, eine der Autorinnen der Studie und Wissenschaftlerin am Deutschen Zentrum für Altersfragen. Dazu zählen niedrigschwellige Engagementmöglichkeiten in Vereinen und gute

Informationsangebote über Möglichkeiten sich in der Region zu beteiligen. Im Hinblick auf Ältere mit Mobilitätseinschränkungen ist auch über spezifischere Angebote wie individuelle Mitfahrgelegenheiten oder Bring- und Abholdienste nachzudenken.

Der Deutsche Freiwilligensurvey (FWS) ist eine repräsentative Befragung zum freiwilligen Engagement in Deutschland, dessen wissenschaftliche Leitung beim Deutschen Zentrum für Altersfragen liegt und die aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. ■

Jury entscheidet in fünf Kategorien

554 Nominierte im Rennen um den Deutschen Engagementpreis



DEUTSCHER
ENGAGEMENT
PREIS

554 herausragend engagierte Menschen und ihre Organisationen sind für den Deutschen Engagementpreis nominiert. Er wird seit 2009 vergeben und würdigt das freiwillige Engagement der Menschen in unserem Land und all jene, die dieses Engagement durch die Verleihung von Preisen unterstützen. Ziel ist es, die Anerkennungskultur in Deutschland zu stärken und mehr Menschen für freiwilliges Engagement zu begeistern.

Anfang September entscheidet eine hochkarätige Fachjury über die Preisträgerinnen und Preisträger in den



fünf Kategorien „Chancen schaffen“, „Leben bewahren“, „Generationen verbinden“, „Grenzen überwinden“ und „Demokratie stärken“. Alle anderen Nominierten haben die Chance auf den mit 10.000 Euro dotierten Pu-

blikumspreis. Hierfür findet eine Online-Abstimmung bis zum 22. Oktober statt. Bekanntgegeben werden die Gewinnerinnen und Gewinner bei einer festlichen Preisverleihung am 5. Dezember in Berlin. ■

Die Folgen sind gravierend

Auch in Pflegeheimen gibt es Konflikte, Aggression und Gewalt

Ein brisantes Thema ist auch Gewalt in der Pflege im Heim. Sowohl Pflegenden als auch Pflegebedürftigen können gewaltsam handeln. Viel-

fach geschieht dies ohne Vorsatz. Die Folgen für Betroffene können dabei gravierend sein. Pflegebedürftige, die sich oft schlecht wehren oder

nur schwer mitteilen können, sind besonders verletzlich. Gewalt bedeutet für sie zum Beispiel, dass sie beschimpft oder hart angefasst wer-

den, ihnen dringende Hilfe vorenthalten oder ihr Selbstbestimmungsrecht missachtet wird. Hiervor müssen sie wirksam geschützt werden. Das Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP), eine gemeinnützige, unabhängige und bundesweit tätige Stiftung in Berlin, hat im Mai eine repräsentative Befragung in der stationären Pflege in 250 verschiedenen Einrichtungen durchgeführt. 47 Prozent der Pflegedienstleitungen und Qualitätsbeauftragten gaben dabei an, dass sie „Konflikte, Aggression und Gewalt in der Pflege“ für ein

Thema halten, das die stationären Pflegeeinrichtungen vor ganz besondere Herausforderungen stellt. Nach Einschätzung der Befragten zeigt sich Gewalt professioneller Pflegekräfte gegen Pflegebedürftige am häufigsten in verbalen Übergriffen (oft: 2, gelegentlich: 23, selten: 55 Prozent), Vernachlässigung (oft: 2, gelegentlich: 17, selten: 39 Prozent), körperlicher Gewalt (oft: 1, gelegentlich: 7, selten: 38 Prozent) und freiheitsentziehenden Maßnahmen gegen den Willen des Pflegebedürftigen (oft: 4, gelegentlich: 5, selten: 25 Prozent).

Ralf Suhr, Vorstandsvorsitzender des ZQP, dazu: „Mit unserem Befragungskonzept nehmen wir zwar in Kauf, dass die Studie das Problem sehr wahrscheinlich unterschätzt. Die Ergebnisse verdeutlichen deswegen aber umso mehr, dass Gewalt in der Pflege nicht ignoriert werden darf. Wir brauchen eine Kultur des Hinsehens, nicht der Skandalisierung. Wer Gewaltprävention ernst nimmt, muss auf die Entstehungsbedingungen wie Überforderung oder Wissensdefizite aktiv Einfluss nehmen.“ ■

IMPRESSUM

Herausgeber und

Redaktionsanschrift:

Landesseniorenbeirat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.,
Haus der Begegnung Schwerin,
Perleberger Straße 22, 19063 Schwerin,
Tel.: (0385) 5 55 79 70 oder 5 55 79 93,
Fax: (0385) 5 55 89 61
E-Mail: lsb@landesseniorenbeirat-mv.de
www.landesseniorenbeirat-mv.de

Vorsitzender: Bernd Rosenheinrich
Redaktion: Dieter W. Angrick (V.i.S.d.P.)

Gefördert vom Ministerium für Arbeit,
Gleichstellung und Soziales Mecklen-
burg-Vorpommern

Gestaltung: Produktionsbüro Tinus

Veröffentlichte Meinungen müssen nicht
mit der Meinung der Redaktion überein-
stimmen. Nachdruck mit Quellenangabe
gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
15. August 2018; Redaktionsschluss für
Nr. 4/2018: 7. November 2018

Altersballade

Das große Glück, noch klein zu sein,
sieht meist der Mensch als Kind nicht ein
und möchte, dass er ungefähr
so 16 oder 17 wär'.

Doch schon mit 18 denkt er: Halt!
Wer über 20 ist, ist alt.
Kaum ist die 20 knapp geschafft,
erscheint die 30 greisenhaft.

Und gar die 40, welche Wende,
die 50 gilt beinah als Ende.
Doch nach der 50 peu à peu
schraubt man das Ende in die Höh'.

Die 60 scheint noch recht passabel
und erst die 70 miserabel.
Mit 70 aber hofft man still:
Ich werde 80, so Gott will.

Und wer die 80 überlebt,
zielsicher nach der 90 strebt,
dort angelangt, zählt man geschwind
die Leute, die noch älter sind.

Alice Pleasance Liddell (1852-1934)

*Sie war das Vorbild für die Heldin in Lewis Carrolls Klassiker „Alice im Wunderland“;
der britische Schriftsteller Lewis Carroll lebte von 1832 bis 1898*



**Informieren Sie sich.
Wir beraten Sie gern.**

Vollstationäre Pflege
Kurzzeitpflege
Verhinderungspflege
Urlaubspflege
Betreutes Wohnen
Mietwohnen

Der **Wohnpark Zippendorf** ist eine Seniorenwohnanlage direkt am Schweriner Innensee.

Auf dem weitläufigen Gelände vereinen sich stationäre Pflegeeinrichtung, Betreutes Wohnen und Mietwohnen.

Ruhig ist es hier und das zu jeder Jahreszeit.

Der Straßenlärm ist fern und die Strandpromenade ist in 5 Minuten zu erreichen.

Es bieten sich reichlich Kontaktmöglichkeiten beim Einkaufen in der „Einkaufsquelle“, bei einem Besuch im „Residenzcafé“, bei Spaziergängen oder an schönen Tagen beim Verweilen auf den Parkbänken in der Grünanlage oder auf den Terrassen.

Freundliches Fachpersonal vermittelt ein Gefühl von Geborgenheit und gewährleistet qualifizierte Pflegeleistungen in allen Pflegegraden.

Wir wollen dem Menschen dort begegnen, wo er steht und ihn ein Stück seines Lebens begleiten.



Wohnpark Zippendorf, Alte Dorfstraße 45 , 19063 Schwerin

Einrichtungsleiter: Sven Kastell, Tel.: 0385 / 20 10 10 0

www.wohnpark-zippendorf.de